

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis pro Nummer 10 Pfennig
Wochenpreis 30 Pfennig
Einzeln 5 Pfennig

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 50 Pfennig

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telegraphen-Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 6. November 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telegraphen-Nr. 151 90-151 97.

Deutsche Fortschritte an der Westfront.

Englische Besorgnisse. — Der türkische Krieg gegen den Dreiverband.

Die Meldung aus dem Großen Hauptquartier.

Amflich. Großes Hauptquartier, 5. November, vormittags. (W. L. B.) Gestern unternahmen Belgier, unterstützt von Engländern und Franzosen, einen heftigen Ausfall über Neuport zwischen Meer und Ueberschwemmungsgebiet. Sie wurden mühelos abgewiesen.

Bei Ypres und südwestlich Lille sowie südlich Berry-au-Bac, in den Argonnen und in den Vogesen schritten unsere Angriffe vorwärts.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz hat sich nichts Wesentliches ereignet.

Oberste Heeresleitung.

Der Kampf um Calais der Mittelpunkt des Ringens.

London, 5. November. (W. L. B.) Der militärische Mitarbeiter der „Times“ schreibt: Für die britische und französische Regierung ist es klar, daß der Kampf in Flandern den Höhepunkt des deutschen Angriffs bezeichnet. Es wird ihnen deutlich sein, daß er um jeden Preis vereitelt werden muß.

England will neue Armeen aus dem Boden stampfen.

London, 4. November. (W. L. B.) Die „Daily Mail“ schreibt: Die bittere Tatsache besteht, daß alle Landstreitkräfte der Verbündeten weitaus unzulänglich waren, um die Deutschen aus Belgien herauszutreiben. Ostende ihnen wieder zu nehmen und sie auf der Linie an der Küste herauszuwerfen, wo sie immer noch in einer Entfernung von 60 Meilen von Paris stehen, sowie den Rückzug vom polnischen Boden zu erzwingen. Der Geschützdonner eines deutschen Geschwaders wurde an der englischen Küste gehört. Das Erscheinen der Lürke im Felde als Verbündeter Deutschlands enthält neue Gefahren für das Britenreich und größere Anstrengungen sind vorzuziehen. Selbst Kitchners Willen könnte sich als unzureichend erweisen. Das Blatt klagt sodann über die Jenux, die verhindern, daß das britische Volk die Notwendigkeit weiterer Anstrengungen erkennt; das Prinzip des freiwilligen Dienstes sei unter diesen Umständen unhaltbar. Die Regierung müsse das Volk die Wahrheit über den Krieg wissen lassen oder die allgemeine Wehrpflicht werde bald unvermeidlich sein.

Kein Waffenstillstand für die Bergung der Verwundeten.

Kürzlich berichtete die deutsche Heeresverwaltung, daß die Franzosen einen angebotenen Waffenstillstand zwecks Bergung ihrer Toten abgelehnt haben. Jetzt wird folgendes Näheres berichtet: „Die Franzosen hatten einen Teil unserer Stellung, 4000 Meter breit, lange mit schwerstem Geschütz beschoffen. Das ließ einen Durchbruchversuch erwarten. Dazu war das Heranrücken neuer feindlicher Truppen berichtet worden. Endlich begann der Sturm: 24 000 Mann griffen die Durchbruchsstelle von Toul her am 21. und 22. Oktober an. Bis nahe an die Drahtverhaue gelangte der mutige Feind, dann brach der Angriff zusammen. Ungefähr 900 Franzosen lagen auf den Feldern vor unseren Schützengraben tot oder verwundet. Da unsere Sanitätsmannschaften wegen des Feuers des Feindes nicht helfen konnten, wurde der Parlamentär mit dem Angebot eines sechsständigen Waffenstillstandes abgesandt; aber er kam mit der Meldung zurück: „La propos est refusé“. Ein aufgefunderter Korpsbefehl unterrichtete uns über die Stärke des Feindes und den Zweck des Angriffs. Man rechnete sicher auf den Erfolg! Vielleicht war es die Erbitterung über die zerfallene Hoffnung, die zur Ablehnung des Vorschlages führte. Zu leiden hatten darunter nur die schwerverwundeten Franzosen; herzbelemmend schallten ihre Klagen in die Schützengraben herüber; aber wir mußten sie ihrem Schicksal überlassen, da unsere Sanitätsmannschaften vom Feinde beschoffen wurden.“

Der Seekrieg.

Der Kreuzer „York“ gesunken.

Amflich. Berlin, 4. November. S. M. Großer Kreuzer „York“ ist am 4. November vormittag in der Jade auf eine Hafensperre geraten und gesunken. Nach den bisherigen Angaben sind 382 Mann — mehr als die Hälfte der Besatzung — gerettet. Die Rettungsarbeiten wurden durch dicken Nebel erschwert. Der stellvertretende Chef des Admiralstabs Behncke.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage.)

Der Kreuzer „York“ hatte 3500 Tonnen Wasserdrängung und nach dem Berechnungsbetrag 633 Mann Besatzung. Er war 1904 vom Stapel gelaufen und Ende 1905 in Dienst gestellt.

Das gesunkene Schiff war kein moderner Schlachtkreuzer, immerhin ist sein Verlust wegen der erheblichen Zahl der ertrunkenen Mannschaften sehr schmerzhaft.

Das Seegefecht bei Yarmouth.

London, 4. November. (W. L. B.) Die „Times“ melden: Ein Seekampf fand gestern bei Yarmouth, ganz dicht unter Englands Küste statt. Mehrere deutsche Kriegsschiffe kamen gestern früh auf der Höhe von Yarmouth in Sicht und eröffneten eine fürchterliche Kanonade gegen die Küste. Von dem Kreuzer „Salmon“, der leicht beschädigt wurde, sind ein Mann schwer, vier oder fünf leicht verwundet. Außer dem Unterseeboot D 5, das wenige Stunden später auf eine Mine lief, sind noch zwei Dampfsarkassen auf Minen gestochen und im Laufe von 20 Minuten gesunken. Die starken Detonationen riefen eine ungeheure Aufregung in Yarmouth hervor, wo die Leute zum Strande stürzten, jedoch infolge Nebels nichts sehen konnten. Nur die Umrisse eines großen Schiffes mit vier Schornsteinen waren sichtbar. Einige Geschosse fielen auf das Ufer in die Nähe der drahtlosen Station. Die meisten fielen jedoch in das Wasser.

Vorkehrungen gegen eine Invasion.

London, 4. November. (W. L. B.) Das Kriegsamt teilt mit, daß nichts in der gegenwärtigen Lage die Annahme rechtfertige, daß eine Invasion wahrscheinlich sei oder bevorstehe. Verschiedene Verteidigungswerke, die im Vereinigten Königreich errichtet worden seien, bedeuteten nur notwendige Vorsichtsmaßregeln, die jede Seemacht in Kriegszeiten ergreife. Die Behörde werde Befehle erteilen, wenn der Feind eine Invasion versuchen würde.

Drei deutsche Kreuzer nehmen in Chile Vorräte ein.

Santiago de Chile, 3. November. (W. L. B.) Die beiden deutschen Panzerkreuzer „Scharnhorst“ und „Gneisenau“ und der kleine Kreuzer „Rürnberg“ sind hier eingetroffen; nachdem der deutsche Gesandte und der deutsche Konsul an Bord gewesen waren, nahmen die Schiffe Vorräte ein.

Ein norwegischer Protest.

Kopenhagen, 4. November. (W. L. B.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Christiania: Der Verein norwegischer Schiffreederei protestiert in einer Eingabe an das norwegische Ministerium des Äußereren dagegen, daß englische Kriegsschiffe neutrale Handelsschiffe mit Ladungen für Skandinavien völkerrechtswidrig in englische Häfen einbringen. Man müsse Schadenersatz für die dadurch entstandenen Verluste beanspruchen.

Neue japanische Dreadnoughts.

Frankfurt a. M., 5. November. (W. L. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: Nach japanischen Meldungen sind drei japanische Ueberdreadnoughts von je 30 000 Tonnen vom Stapel gelaufen.

An die Feldpost.

Die Klagen über die Feldpost erheben sich täglich aufs neue. Hier klappert es nicht und dort versagen die Einrichtungen. Wieviel Sorge, wieviel Angst hat dieses Versagen schon über die im Felde und die daheim gebracht!

Aber wir verzichten darauf, das „Anlagematerial“, das uns so reichlich vorgebracht wurde, hier wiedergzugeben. Wir sind überzeugt, daß die Postverwaltung ehrlich bemüht ist, ihre Einrichtungen zu verbessern und zu vervollständigen und den Beschwerden, soweit es möglich ist, abzuhelfen. Wir wissen auch sehr wohl, welche gewaltige Schwierigkeiten der Arbeit der Feldpost entgegenstehen, daß ihr Verlangen zum guten Teil weniger an ihren Einrichtungen, als vielmehr an den militärischen Maßnahmen und an der Eigenart des modernen Krieges mit seinen Millionenheeren und weitauseinandergezogenen Operationsgebieten liegt, die ein sicheres Funktionieren der Feldpost einfach unmöglich machen. Man wird tiefes Mitleid haben können und haben müssen mit all denen, die durch das Versagen der Feldpost in Not und Sorge versetzt wurden, aber man wird sich im allgemeinen damit bescheiden müssen, zu sagen: Das ist der Krieg!

Domit freilich nicht ausgeschlossen zu sein braucht, daß im Betriebe der Feldpost noch dies und das geändert und verbessert werden kann, daß es sehr wünschenswert wäre, wenn dahin zielende Vorschläge ernstlich geprüft und bei Verwendbarkeit auch in die Wirklichkeit umgesetzt würden. Hier und dort wird sogar schon mancherlei erreicht werden können, wenn Einrichtungen, die von der Feldpost selber getroffen wurden, ausgebaut und verallgemeinert werden.

Es handelt sich dabei vornehmlich um jene Institution, die von der Feldpost für eine einzelne Woche bereits ins Leben gerufen wurde, um die Zulassung größerer Pakete für Wollschafsendungen ins Feld. Die Zahl der Pakete, die in jener Woche abgeschickt wurden, wird der Feldpostverwaltung und der Heeresleitung gezeigt haben, welchem Bedürfnis ihre Einrichtung entgegenkam. Man kann aber nicht sagen, daß dieses Bedürfnis nun auch in der einen Woche befriedigt worden wäre, zumal der Inhalt der Pakete ja einer engen Beschränkung unterlag. Man würde es vielmehr in den weitesten Kreisen begrüßen, wenn die achtstägige Zulassung der größeren Pakete in eine allgemeine umgewandelt würde. Daß die Expedition umfangreicherer und schwererer Sachen möglich ist, hat die eine Woche bewiesen; eine dauernde Zulassung solcher Pakete würde überdies den Massenandrang, wie ihn die „Probewoche“ zeigte, erheblich herabmindern und vor allem auch die Zahl der kleinen Sendungen ganz bedeutend einschränken. Wir möchten fast annehmen, daß eine ständige Zulassung größerer Sendungen der Feldpost die Arbeit erleichtern würde. Denn es ist doch eine bekannte Tatsache, daß es heute viele Leute gibt, die Duzende kleiner Kästchen senden, die nun alle einzeln von der Post behandelt sein wollen — nur deshalb, weil sie nicht die Möglichkeit besitzen, ein einziges Paket abzuschicken, das der Post weit weniger Umstände machen würde. Sollten militärische Gründe gegen die dauernde Zulassung schwererer Sendungen sprechen, so sollte wenigstens die Einzelwoche eine baldige Wiederholung finden, und sollten die Zehnpfundpakete zu umständlich für den Transport sein, würde das Publikum auch schon zufrieden sein, Fünfpfundpakete zugestanden zu erhalten, und würde sogar bestimmte Vorschriften über Raummache in den Kauf nehmen.

Eins wäre allerdings bei der Wiederzulassung größerer Pakete als Neuerung zu wünschen: eine gewisse Haftbarkeit der Post — oder anderer Reichsinstitutionen. Eine begrenzte Haftbarkeit allerdings nur, keine allgemeine. Sie müßte gebunden sein an eine Bescheinigung der Auflieferungsstelle über gute Verpackung und den Nachweis richtiger Adressierung (es kann nur immer wieder darauf hingewiesen werden, wie viele Sendungen heute ihr Ziel nicht erreichen, weil die Adressierung ungenau oder unvollständig war!), sie könnte ihre Grenze finden bei einer verhältnismäßig geringen Summe — vielleicht sechs oder zehn Mark im Höchstfalle — und sie brauchte nur zahlbar zu sein beim Nachweis der Bedürftigkeit des Aufgebers. Man könnte die Bedürftigkeitsfrage sehr einfach regeln, indem man Mangel an Mitteln überall dort annimmt, wo Unterstühtungen gezahlt werden; oder es gibt natürlich auch viele andere Wege, um die Bedürftigkeit festzustellen. Das Verlangen einer solchen geringen Entschädigung für verloren gegangene Pakete erscheint vielleicht so unbillig nicht, wenn man sich Fälle vor Augen

häft. Wie sie uns in den letzten Tagen berichtet wurden. Da schreibt u. a. eine Frau:

Der Verzweiflung nahe, wende ich mich an Sie in der Hoffnung, durch Veröffentlichung dieser Zeilen in Ihrem Blatte, eine Wendung zum Besseren in der Zukunft der an die im Felde stehenden Soldaten zu erzielen.

Mein Mann steht seit dem 13. Mobilmachungstag im Felde. Ich habe selbstständig an ihn häufig Briefe und auch kleine Pakete gesandt. Die Briefe und Karten sind nur zu einem Viertel angekommen, die Pakete gar nicht. Als ich nun in Ihrem Blatte die Mitteilung las, daß am 1. Oktober ein Zug mit Liebesgaben nach dem Armeeteil meines Mannes abging, der auch Pakete mit Adressen für die Empfänger beförderte, nahm ich hierzu meine Zuflucht.

Durch die allergrößten Entbehrungen war es mir möglich, für meinen im Felde stehenden Mann warme Sachen im Werte von 12 M. zu kaufen und sie meiner Sendung anzuvertrauen. Nachdem ich bei der Abgabe zunächst wegen mangelhafter Verpackung abgewiesen war, gelang es mir endlich, nach nunmehr vorschriftsmäßiger Verpackung und zirkulär vierstündigem Warten mein Paket abgeben zu können. Und nun nach langen Wochen erhalte ich die niederträchtigste Nachricht, daß mein Mann auch dieses Paket nicht erhalten hat.

Wenn ich mich nunmehr in der am Anfang meines Schreibens geschilderten Verfassung befinde, so aus dem Grunde, da ich eine arme Frau bin und die aufgebrauchte Liebesgabe nur durch die größte Not und Entbehrungen für mich und mein Kind zumeist gebracht habe, was mir übrigens gern taten, denn wir erlitten ja nicht nur den Ernährer der Familie, sondern auch den Vaterlandsverteidiger in ihm.

Man wird nicht ohne Ergriffenheit diese schlichten Worte lesen können. Und es wäre wohl zu wünschen, daß ein gewisser Ertrag für das Verlorengegangene zuteil würde, so daß sie die Möglichkeit bekäme, es mit einer neuen Sendung zu versuchen.

Gewiß mag es einige Schwierigkeiten bereiten, die Empfangsquittung im Felde durchzuführen und so eine Kontrolle für die Mitteilungen über verloren gegangene Pakete zu erhalten. Aber die Schwierigkeiten dürften doch nicht unüberwindlich sein, zumal man Meldungen über abhanden gekommene Sendungen erst nach geraumer Frist zuläßt und von vornherein an den Nachweis der Bedürftigkeit bindet oder andere Erschwerungen vorsieht. Gewiß würde eine derartige Erschwerung auch eine vielleicht nicht ganz unerhebliche Summe erfordern, aber man wird doch nicht sagen können, daß sie unangemessene Verwendung fände.

Die Lage auf dem östlichen Kriegsschauplatz.

Einem Artikel des Generals v. Blume vom 3. November entnehmen wir das folgende:

Ueber die Lage auf dem östlichen Kriegsschauplatz habe ich mich zuerst am 7. Oktober geäußert. Damals hatte die österreichisch-ungarische Hauptmacht, die nach der zweiten Schlacht bei Lemberg vor den ihr folgenden Russen über den San bis hinter die Wislola, mit dem linken Flügel hinter die Weichsel zurückgegangen war, wieder die Offensive ergriffen, und zwar im Verein mit einer auf ihrem linken Flügel eingetroffenen, in der Richtung auf die Weichselstrecke Zwangorod—Warschau vorrückenden deutschen Armee.

Dem rechten Flügel der Oesterreicher ist es bisher unter vielfach heftigen Kämpfen gelungen, die Russen über den oberen Lauf des San zurückzudrängen, und die von diesen belagerte, bereits hart bedrängte, aber tapfer verteidigte Festung Przemyśl zu entsetzen. Nehe östlich dieses Fluges und südlich von ihm bis nach Turka (in den Karpathen) stehen die Oesterreicher auf dem rechten Sanufer noch in heftigen Kämpfen mit starken russischen Kräften, die hier in besetzten Feldstellungen einen Widerstand leisten. Unterhalb Przemyśl sind jene bis an den San gelangt, dessen rechtes Ufer aber die Russen noch stark besetzt halten. Auch das rechte Weichselufer, von der Mündung des San abwärts bis in die Nähe der preussischen Grenze, befindet sich noch im Besitz der Russen.

Auf dem linken Weichselufer hatten die vereinigten deutschen und österreichischen Streitkräfte nach den bereits erwähnten Geschehnissen zwischen Opotow und Ostrowie (am 4. Oktober) sowie bei Radom (am 5. Oktober) den Vormarsch gegen die Weichsel fortgesetzt. Am 10. Oktober befanden sich ihre Spitzen nach Zarschewitzung der russischen Vortruppen der Weichselstrecke von der Sammündung bis Warschau nahe. Ein Versuch der Russen, über den Strom südlich Zwangorod vorzubrechen, wurde am 12. Oktober verhindert. Am 16. Oktober überschritten acht russische Armeekorps bei Warschau und Zwangorod die Weichsel zum Angriff gegen die deutsch-österreichischen Truppen. Diese wiesen in mehrtägigen Kämpfen alle Angriffe erfolgreich ab, mußten jedoch vor neuen russischen Kräften, die von Zwangorod, Warschau und Rossegorski vorgingen, ausweichen. Die Russen folgten zunächst nicht. Die Loslösung vom Feinde geschah ohne Schwierigkeiten. Unsere Truppen werden sich der Lage entsprechend neu gruppieren.

Seit sich unsere Truppen auf dem linken Weichselufer von den Russen losgelöst haben, hat zwischen beiden kein Zusammenstoß stattgefunden, und das Große Hauptquartier konnte unter dem 21. v. Mis. melden: „Bestand von Warschau folgen die Russen langsam unseren sich neu gruppierenden Kräften.“ Alle Bewegungen auf dem polnischen Kriegsschauplatz sind in dieser Jahreszeit durch den jeder Beschreibung spottenden Zustand der Wege sehr erschwert. Aber darunter leiden beide Parteien gleichmäßig. Nachrichten von Bedeutung sind von dort her wahrscheinlich in naher Zeit zu erwarten.

Auch in der Nähe der ostpreussischen Grenze sind die Russen neuerdings wieder regloser gewesen. Im Anfang des vorigen Monats rückten sie mit starken Kräften vom Karow her gegen die preussische Grenze im Gouvernement Suwalki vor, wurden aber alsbald bei Suwalki mit erheblichen Verlusten zurückgewiesen. Nachrichten über einen großen Sieg, den die Russen bei Suwalki und Augustowo errungen haben wollen, sind erfunden. Vielmehr sind auch alle Angriffe der 1. und 10. russischen Armee gegen die ostpreussischen Truppen ebenso wie wiederholte russische Umfassungsvorwürfe bei Schwint in den Tagen vom 9. bis zum Schluß des vorigen Monats zurückgeschlagen worden, wobei die Russen im ganzen 13 500 Gefangene, 30 Geschütze und 30 Maschinengewehre verloren haben. Nur bei Lys ist es ihnen noch einmal gelungen, in unser Gebiet einzudringen, doch wurden sie auch dort alsbald über die Grenze zurückgedrängt. Inzwischen haben unsere ostpreussischen Truppen im Gouvernement Suwalki die Offensive ergriffen. Die Kämpfe dauern dort zurzeit noch fort.

Wir müssen mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß die Russen jetzt alle ihre Kräfte verfügbar, im Feldzuge verwendeten Streitkräfte, einschließlich der asiatischen, an den Kriegsschauplatz herangezogen haben. Sie können dann an Zahl der ihnen gegenüberstehenden deutsch-österreichischen Heeresmacht überlegen sein. Doch das ist nicht. Wir haben schon oft und neuerdings noch bei Tannenberg gesehen, daß Ueberlegenheit an Zahl keineswegs den Sieg verbürgt.

Die türkische Kriegserklärung bedeutet für uns auf dem östlichen Kriegsschauplatz zwar eine in nicht fernere Zeit zu erhoffende willkommenen Entlastung, wird sich aber vermutlich für die dort zu erwartenden Entscheidungen materiell noch nicht fühlbar machen.

Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

Die amtliche österreichische Meldung.

Wien, 5. November. (W. Z. V.) Amtlich wird bekannt gegeben: Auch gestern verliefen die Operationen auf dem nördlichen Kriegsschauplatz plangemäß und völlig ungehindert vom Feinde.

Südlich der Wislola-Mündung warfen unsere Truppen den Gegner, der sich auf dem westlichen Sanufer festgesetzt hatte, aus allen Stellungen, machten über tausend Gefangene und erbeuteten Maschinengewehre. Ebenso vermochte auch der Feind im Strjaltale unseren Angriffen nicht mehr standzuhalten. Hier wurden fünfhundert Russen gefangen genommen und eine Maschinengewehr-Abteilung und sonstiges Kriegsmaterial erbeutet.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, von Hofer, Generalmajor.

Der Krieg und die Kolonien.

Der Kreuzer „Kaiserin Elisabeth“ in die Luft gesprengt.

London, 5. November. (W. Z. V.) Die das Reutersche Bureau erfährt, besagt eine amtliche Meldung aus Tokio: Man glaubt, daß der Kreuzer „Kaiserin Elisabeth“ sich auf der See von Tsingtau selbst in die Luft gesprengt hat. Das Schwimmdock ist ebenfalls vernichtet. Die Beschießung dauert fort.

Die Bestätigung der englischen Meldung bleibt abzuwarten. Doch ist es nicht unwahrscheinlich, daß der Kommandant des Schiffes bei der Gefahr, den Kreuzer nicht länger halten zu können, in der geschilderten Weise zu dessen Vernichtung geschritten ist, um ihn nicht in die Hände des Feindes fallen zu lassen. Die Besatzung dürfte in diesem Falle den Versuch gemacht haben, sich nach Tsingtau selbst zurückzuziehen.

Der Kreuzer „Kaiserin Elisabeth“ ist ein altes Schiff von geringem Geschwärt. Es lief bereits 1890 vom Stapel und besaß eine Besatzung von 300 Mann.

Der türkische Krieg.

Die Beschießung der Dardanellen.

Konstantinopel, 5. November. (W. Z. V.) (Amtlicher Bericht aus dem Großen Hauptquartier.) Die Russen haben begonnen, ihre Stellungen nahe der Grenze zu befestigen. Sie wurden jedoch vollständig zurückgeworfen aus den Gebieten von Karakissa und Jechan. Die Stimmung und die Ausbildung unserer Truppen ist ausgezeichnet.

Nach späteren Meldungen nahmen an der Beschießung des Dardanelleneinganges die englischen Kriegsschiffe „Inflexible“, „Indefatigable“, „Gloucester“, „Defence“ und ein der französischen Panzerschiffe „Republique“ und „Doubet“ sowie zwei französische Kreuzer und acht Torpedoboote teil. Sie gaben 240 Schüsse ab. Es gelang ihnen jedoch nicht, irgendeinen bedeutenderen Schaden zu verursachen. Unsere Forts gaben nur 10 Schüsse ab, von denen einer ein englisches Panzerschiff traf, auf dem eine Explosion entstand. In Adely in Kleinasien wurde ein englischer Dampfer zum Sinken gebracht, nachdem die Besatzung und die Ladung gelandet worden war. Die Besatzung des russischen Dampfers „Storolewa Olga“, die hier verhaftet worden ist, ist zu Kriegsgefangenen gemacht worden.

Die englische Darstellung.

London, 4. November. (W. Z. V.) Amtlich wird bekanntgegeben: Bei Tagesanbruch des 3. November hat ein englisch-französisches Geschwader die Dardanellenforts aus weiter Entfernung beschossen. Die Forts antworteten, ohne jedoch die Schiffe zu erreichen. Die Verbündeten hatten keinen Verlust, nur ein einziges Geschöß schlug nahe bei den Schiffen ein. Es ist unmöglich, den tatsächlichen Erfolg der Beschießung festzustellen, aber eine starke Explosion mit einer dichten Rauchwolke wurde in einem der Forts beobachtet.

Der englisch-türkische Kriegszustand.

London, 5. November. (W. Z. V.) Eine Sonderausgabe der „London Gazette“ enthält die förmliche Erklärung, daß Kriegszustand mit der Türkei besteht.

Keine Nachgiebigkeit der Türkei.

Berlin, 5. November. (W. Z. V.) Entgegen allerlei Gerüchten und tendenziösen Nachrichten wird von amtlicher türkischer Seite mitgeteilt, daß von einer nachgiebigen Haltung der türkischen Diplomatie in ihren letzten Verhandlungen mit Rußland nicht die Rede sein kann. Die Worte hat Rußland erklärt, es sei selbst schuld daran, daß seine Schiffe in den Grund gebohrt und Festungen am Schwarzen Meer beschossen wurden und hat die Bestrafung des Kommandanten der russischen Flotte als Genugthuung verlangt. Daraufhin wurden die Beziehungen abgebrochen.

Die Lage in Aegypten.

Frankfurt a. M., 5. November. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel:

Die Verbindungen mit Aegypten sind vollständig unterbrochen. Man weiß daher nicht, welchen Eindruck das neueste englische Vorgehen hervorruft, nämlich die Ernennung des Prinzen Hussein zum Vizekönig. Hussein ist als sehr englandfreundlich bekannt und war seit jeher zu politischen Umtrieben geneigt. Der Agedibe Abdülmehid erklärte: Das ist nicht die letzte Torheit, die England begehen wird. Ich bleibe darob vollkommen ruhig und laßblütig. Das ägyptische Volk wird sehr bald anerkennen, daß die von den Engländern geschaffene Lage unhaltbar ist. Die starke Faust des wirklichen Souveräns von Aegypten, des Kalifen und Sultans wird den Engländern beweisen, daß ihre Annexion des historischen und heiligen Gebietes von Aegypten nur einen ganz ephemeren Charakter haben kann.

Keine deutschen Offiziere bei den Beduinen.

Berlin, 5. November. (W. Z. V.) In auswärtigen Blättern findet sich die Meldung, daß die Beduinen bei ihrem Vorgehen gegen Aegypten von deutschen Offizieren geführt wurden. Wir können feststellen, daß diese Meldung erfunden ist.

Die Haltung Bulgariens.

Sofia, 5. November. (Meldung der Agence Bulgare.) Die Leiter der Oppositionsparteien wurden heute von Radostawow empfangen, der ihnen die Lage Bulgariens unter den gegenwärtigen Umständen auseinandersetzte. Am Schluß des Interviews hatten die Leiter eine Besprechung, nach der sie der Presse mitteilten, daß nach den Erklärungen von Radostawow Bulgarien in der gegenwärtigen Lage entschlossen ist, eine Haltung strenger lokaler Neutralität zu bewahren.

Eine türkisch-persische Union?

Das Organ der jungtürkischen Partei, der Konstantinopeler „Tanin“ teilt die Grundzüge einer Union zwischen der Türkei und Persien mit, die von den Regierungen der beiden Staaten grundsätzlich schon angenommen sein sollen. Danach sollen beide Staaten ihre Dynastien und das Recht der souveränen Selbstbestimmung in den Fragen der inneren Politik behalten. Der Kompetenz der Union soll nur das Gebiet der internationalen Beziehungen und der militärischen Organisation unterstehen. Auf diesen Gebieten soll die leitende Rolle der Türkei zufallen. In der interparlamentarischen Kommission, die diese Fragen regelt, soll die Türkei über zwei Drittel der Stimmen verfügen. Ferner soll für beide Länder ein gemeinsamer Kriegsminister und ein gemeinsamer Minister des Äußeren ernannt werden, und zwar soll dies durch den Sultan allein vorgenommen werden.

Wenn diese „Union“ der Wirklichkeit entspricht — und verschiedene Mitteilungen weisen in der Tat auf das Zustandekommen eines engen Bündnisses zwischen der Türkei und Persien hin —, hat sich Persien freiwillig seiner Selbstständigkeit entäußert und in ein Anhängsel der Türkei verwandelt. Allerdings konnte von einer „Selbstständigkeit“ Persiens seit 1907 nur der Form nach gesprochen werden. Ist aber Persien in der geschilderten Weise seine bisherige Abhängigkeit von Rußland und England, so geht es freiwillig in der Türkei auf und überträgt der letzteren die Verteidigung seines Territoriums vor den Feinden im Norden und Süden.

Englische Stimmen zum Krieg mit der Türkei.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben:

Den Engländern konnte das kriegerische Auftreten der Türkei ebensowenig überraschend kommen wie irgendeinem andern. Die englischen Staatsmänner rechneten vom Anfang des Krieges an mit der Möglichkeit des Anschlusses der Türkei an die zentral-europäischen Mächte, und die fortgesetzten Erzählungen der englischen Presse von Intrigen in Konstantinopel, Syrien und Aegypten haben auch das englische Volk längst auf diese Eventualität vorbereitet. Wenn die englische Regierung in den letzten Wochen so manche Rippenstöße von Seiten der Türkei erduldet hat, ohne mit der ihr gegenüber üblichen Festigkeit aufzutreten, so ist das darauf zurückzuführen, daß sie einerseits noch immer hoffte, vielleicht noch jetzt hofft, die Türkei einzuschüchtern und den Krieg mit ihr vermeiden zu können, andererseits aber mit Rücksicht auf die Mohammedaner Aegyptens und Indiens alles daran setzen mußte, zu zeigen, daß die Türken den Konflikt mutwillig provozieren.

Nun da dieser Konflikt unvermeidlich scheint, gibt man sich in London begreiflicherweise Mühe, ihn so ungefährlich wie möglich erscheinen zu lassen. Der türkische Vorstoß, so behauptet man in London, ist nur scheinbar gegen Rußland, in Wirklichkeit aber in erster Linie gegen England gerichtet. Nur wagen es Eubei Pascha und seine Leute nicht, in dieser Frage offen Farbe zu bekennen, weil sie wähten, daß ein Angriffskrieg gegen England bei vielen Türken unpopulär wäre. Jedenfalls aber könnten die Türken die Russen in Armenien und im Kaukasus während der Wintermonate nicht ernstlich heintrübigen, so daß den Türken nur ein Marsch gegen Aegypten bleibe. Diese Aussicht brauche aber den Engländern keine große Sorge zu machen. Der „Daily Telegraph“ führt aus, daß es den Türken zu einer erfolgreichen Offensive gegen Aegypten an allem fehle. Sie können zwar in die Sinai-Halbinsel eindringen, aber wenn in Aegypten keine Inurrektion ausbräche, und dafür sei beizugehen gesorgt worden — dann würden sie nie den Suezkanal überqueren. Ein paar englische Kanonenboote und die westlichen Uferbatterien würden sich die türkische Flotte, die keine schweren Belagerungsgeschütze besäße, mit Leichtigkeit vom Leibe halten, wenn die türkische Expedition nicht infolge der mangelhaften Kommissariatsorganisation schon in den Wüsten der Sinai-Halbinsel zusammenbrechen sollte.

Ferner hofft man aber in England auch darauf, daß das gegenwärtige deutschfreundliche Regime in der Türkei alsbald durch einen Staatsstreich gestürzt werden werde. „Eine wohlgezielte Kugel gegen Eubei Pascha“ (!), meint der menschenfreundliche „Daily Telegraph“, würde die ganze internationale Lage sofort umwälzen. Daß die türkische Regierung mit einer gefährlichen Opposition, die nur eine günstige Gelegenheit erspäht, zu rechnen hat, ist nicht zweifelhaft, und die englischen Agenten sind wohl auch nicht müde.

Was die Wirkung des türkischen Eingriffs auf die Lage am Balkan anbetrifft, so heften die Engländer und Russen ihre Augen in erster Linie auf Bulgarien. Man gibt vor, einen Krieg Bulgariens gegen seinen „Befreier“ Rußland und seinen „traditionellen Freund“ England für undenkbar zu halten und unterstützt diese Auffassung mit Äußerungen ungenannter bulgarischer Diplomaten. In Wirklichkeit ist man über die Möglichkeiten der Balkansituation ernstlich besorgt und es werden verzweifelte Bemühungen gemacht, um Bulgarien in einen Krieg gegen die Türkei hineinzuhetzen. Wie haben Grund zu der Annahme, daß Rußland und vielleicht auch schon England bereits so weit gegangen sind, den Bulgaren als Preis ihrer Hilfe die Anwartschaft auf Konstantinopel in Aussicht zu stellen. In diesem Sinne sollen auch schon die jüngst in Bularest von einem jungtürkischen verwundeten Bruder Duzton am Balkan gewinkt haben. Auf dieser Grundlage sollte man die türkischen und deutschen Hoffnungen auf einen unvermeidlichen Streit zwischen Rußland und England um den Besitz der Dardanellen zu vereiteln und auch eine günstige Grundlage zur Herstellung eines Bundes aller Balkanstaaten im Interesse des Dreiverbandes zu schaffen. Der Petersburger Korrespondent der „Morning Post“, der in englischen Beziehungen zu den russischen Nachbarn steht, verkündet es heute ganz offen, wie man sich an der Zeit und an der Themse die Liquidation nach dem Kriege denkt. Die Dardanellen und der Bosphorus, die beiden engen Wasser-

strafen, die den Engländern und Russen jetzt so un bequem sind, sollen beim Friedensschluss ihren gegenwärtigen Besitzern entzogen und kleinen neutral zu erklärenden Staaten — das sind offenbar Dänemark und Bulgarien — in die Hände gegeben werden. Daß diese verlockenden Aussichten den Nachfolger des Königs Ferdinand von Bulgarien werden müssen, liegt auf der Hand. Auch darauf rechnet man in London mit ziemlicher Bestimmtheit, daß ein türkischer Vorstoß gegen Aegypten und die Proklamierung des „heiligen Krieges“ des Islam auch Italien, dessen libyscher Besitz bedroht würde, gegen die Türkei — und damit auch gegen Oesterreich und Deutschland — auf den Plan rufen würde. Man wird bald sehen, ob diese Rechnung stimmt.

Deutsch-englischer Vernichtungskampf.

Herr Geheimrat Wittling, der frühere Oberbürgermeister von Vosen und jetzige einflussreiche Bankdirektor, hat einem Mitarbeiter der New Yorker „Sun“ der „National-Zeitung“ zufolge folgendes gesagt:

„Es ist ein Kampf auf Tod und Leben zwischen England und Deutschland, wenn nötig, ein Kampf bis zum letzten Mann. Wir verlangen keinen Pardon von England und werden keinen geben. England und England allein, hat diesen Krieg heraufbeschworen, aus Habgier und Neid, um Deutschland zu erdrücken. Sagen Sie dem amerikanischen Volke, daß diese Worte nicht von einem Fanatiker kommen, sondern von einem kühl erwägenden Geschäftsmann, der die Gefühle seines Volkes kennt, und weiß, was in diesem Titanenkampf auf dem Spiel steht. Bei Gott, wie wir England und die Engländer haßen, dieses Volk von Heuchlern und Verbrechern, die all das Blut über uns und die Welt gebracht haben! Und warum? Weil sie ihren Niedergang empfanden und fürchteten, ihre Herrschaft über die Welt zu verlieren. Für Frankreich fühlen wir nur Mitleid und Bedauern, der Haß gegen die Russen läßt nach, wogegen Haß und Verachtung gegen England bei Hoch und Niedrig immer schärfer zum Ausdruck kommen. Warnen Sie Amerika, es möchte sich nicht von Friedensgesprächen irreführen lassen. Wir sind auf drei Jahre vorbereitet und zum Schluss wird es nur noch einen Kampf zwischen Deutschland und England geben. Die Engländer sind jetzt eingeschlossen, unser Vaterland zu vernichten. Wir haben die Herausforderung angenommen, und seine deutsche Regierung würde auch nur einen Augenblick geduldet werden, die einen von England diktierten Frieden eingehen würde. Die Vernichtung von drei englischen Kreuzern durch ein einziges U-Boot ist nicht die einzige Ueberreizung, die den Engländern zuteil wird. Merken Sie sich, was ich Ihnen sage: London wird angegriffen werden. Wir können noch drei Millionen ins Feld stellen und rechnen bestimmt auf den Sieg.“

Der Mitarbeiter des „Sun“ bemerkt hierzu, daß er durch die an Born grenzende Leidenschaftlichkeit, mit der Geheimrat Wittling sprach, aufs höchste betroffen war. Er ist weniger betroffen, da wir die Stimmung in gewissen einflussreichen Kreisen kennen. Wir sind auch darüber nicht verwundert, daß Herr Wittling sich nicht die Frage vorgelegt hat, ob dieses Bekenntnis gerade in Amerika, wo die Sympathien zum größten Teil auf englischer Seite sind, für Deutschland nützlich wirken wird. Wir möchten nur bemerken, daß dieses Programm, von dem, mit dem der Krieg eröffnet wurde, einigermassen abweicht, und sehr beachtenswert scheint uns die Verstärkung Herrn Wittlings, daß der Haß gegen die Russen nachlasse. Wir wissen auch, daß Herr Wittling — und nicht er allein — nach Kräften bemüht ist, für dieses Programm die möglichen Stellen zu gewinnen.

Von den Zivilgefangenen.

Die „Politische Korrespondenz“ meldet aus Wien: Das österreichische Ministerium des Aeußern hat durch Vermittelung der spanischen Botschaft mit der russischen Regierung ein Uebereinkommen getroffen, dem zufolge der beiderseitigen Staatsangehörigen mit Ausnahme der Offiziere und weiter aller männlicher Personen im Alter von 17 bis 45 Jahren und der Verdächtigen die Rückkehr in die Heimat gesichert wurde. Laut Mitteilung der spanischen Botschaft hat die russische Regierung bereits den in Betracht kommenden Gouverneuren telegraphische Weisungen zur Durchführung des erwünschten Uebereinkommens bezüglich der österreichisch-ungarischen in Rußland internierten Staatsangehörigen erteilt.

Die Engländer scheinen von ihrem System der „Konzentrationslager“ vorüberhand nicht abgeben zu wollen. Wie die gestrige Depesche des „Vorwärts“ besagte, hat man jetzt auch in Kairo die dort befindlichen Deutschen und Oesterreicher interniert. Durch die Presse gehen gleichzeitig wieder Beschwerden über die schlechte Behandlung, die den Gefangenen dort zuteil wurde. Sie mögen hier und dort übertrieben sein, aber auch wenn man Zustände annimmt, wie wir sie nach den Berichten der „Times“ dieser Tage wiedergeben, wird man protestieren müssen gegen eine so törichte, alle Bequemlichkeiten entziehende Zusammenperrung der Deutschen aus lächerlicher Spionenhochzeit. Wir haben uns gegen „Vergeltungsmassnahmen“ an den in Deutschland anwesenden Engländern gewandt, aber um so mehr Berechtigung haben wir, das Verlangen zu stellen, daß auch jene ganz unnötige Freiheitsberaubung der Deutschen im Auslande aufhöre. Wir weisen alle Veräugnerungen und Aufbauschungen über die schlechte Behandlung der internierten Deutschen in England zurück, aber um so mehr Recht und Pflicht haben wir, festzustellen, daß auch das, was bleibt, einer Kultur nicht würdig und sogar zu verurteilen ist. Wir möchten wünschen, daß es den diplomatischen Vertretungen der Regierung und den Protesten der in Deutschland wohnenden Briten gelingt, das Los der Deutschen in England und seinem Kolonialreich baldigst zu erleichtern.

Das italienische Ministerium.

Rom, 5. November. (B. Z. V.) Durch königliches Dekret vom heutigen Tage ist Salandra mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut worden.

Wie die „Agenzia Stefani“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird sich das neue Kabinett folgendermaßen zusammensetzen: Salandra: Vorsitz und Inneres; Sonnino: Aeußeres; Martini: Kolonien; Orlando: Justiz; Careano: Schatz; D'Annunzio: Finanzen; Ciuffelli: Öffentliche Arbeiten; Tripico: Unterricht; Cavasola: Ackerbau; Zuppelli: Krieg; Viale: Marine; Riccio: Post. Die Minister werden heute nachmittags vereidigt werden.

Rückkehr der Deutschen aus Frankreich.

Singen (Baden), 5. November. (Z. U.) Von den in Frankreich internierten Deutschen ist gestern eine größere Abteilung (etwa 200 Personen) aus Genf kommend, hier eingetroffen, nachdem schon vorgestern zwei kleinere Trupps Singen passiert haben. Von hier aus wird die Verteilung auf die Bundesstaaten, denen die Flüchtlinge angehören, erfolgen. Die gestern durchgelassenen Personen führen über ihren Aufenthalt in Frankreich keine Klage.

Der Prozeß wegen sozialdemokratischer Agitation gegen den Krieg.

Vor dem Moskauer Bezirksgericht fand dieser Tage, bei geschlossenen Türen, ein Prozeß gegen den Studenten der Petersburger Universität A. Solik, der aus der sibirischen Verbannung geläutert war, gegen den Rechtsanwalt Sachmann und den erblichen Ehrenbürger Sawarsin statt. Die Angeklagten wurden beschuldigt, als leitende Instanz der Moskauer sozialdemokratischen Bezirksorganisation kurz nach Ausbruch des Krieges ein Flugblatt mit einem Protest gegen den Krieg herausgegeben zu haben. Die beiden erstgenannten Angeklagten wurden zu je zwei Jahren und der letzte zu einem Jahre Festungshaft verurteilt.

Die Nordseesperre.

Kristiania, 4. November. (B. Z. V.) „Morgenbladet“ schreibt über die durch England angeforderte Sperre der Nordsee: Heute ist die Meldung eingetroffen, England habe die Nordsee von Island bis Schottland gesperrt. Ein Kommentar ist überflüssig. Es ist dies ein unerhörter Uebergriff gegen das internationale Völkerrecht und die Rücksichtslosigkeit gegenüber den neutralen Mächten ist auffallend und in die Augen springend. Der Schaden scheint im sonderbarsten Mißverhältnis zu den Vorteilen zu stehen, die England dadurch erreicht. Wir erfahren, daß die englische Regierung den interessierten Ländern vorher nichts mitgeteilt und nicht untersucht hat, wie die Sperrung von der Regierung aufgefaßt würde, deren vitale Interessen sie berührt. Wir fragen, ob nicht bald der Zeitpunkt gekommen ist, wo ein gemeinsames Auftreten der neutralen Mächte angebracht wäre. Auf die Stimme der kleinen Länder hört niemand. Amerika ist auch neutral. Der Neutralitätsbegriff existiert nicht mehr, wenn jeder Uebergriff der kriegführenden Mächte schweigend geduldet wird. Die erste Wirkung war, daß die Kriegsversicherung erhöht wurde.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe.)

Eroberungsgelder.

Berlin, 4. November. (B. Z. V.) Eine kaiserliche Kabinettsorder genehmigt, daß für die im gegenwärtigen Kriege von Truppen der preussischen Armee und der in sie angenommenen Kontingente eroberten Feldzeichen, Maschinengewehre und Geschütze Eroberungsgelder an die Truppen gezahlt werden, und zwar erhält für jedes feindliche Feldzeichen (Bühne oder Standarte), das im Kampfe genommen wird, sowie für jedes feindliche Maschinengewehr oder Geschütz, das in einer Schlacht oder in einem Gefecht während seines Gebrauchs bei feindlicher Regenwehr mit stürmender Hand genommen ist, der Truppenteil, dem die Eroberer angehört haben, siebenhundertundfünfzig Mark. Die Geldbeträge sind nicht an die einzelnen Eroberer zu verteilen, sondern bleiben dem Truppenteil.

Politische Uebersicht.

Höchstpreise für Kartoffeln.

Daß es auf die Dauer ohne Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln nicht geht, scheint man jetzt auch in den leitenden Kreisen erkannt zu haben. Wie dem „Verl. Tagebl.“ berichtet wird, haben in den letzten Tagen im Reichsamt des Innern zwischen Vertretern der Reichsregierung und der Bundesregierungen eingehende Beratungen mit Sachverständigen aus den Kreisen der Landwirtschaft und des Kartoffelhandels über die Frage der Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln stattgefunden. Zwar wurden von den beteiligten Kreisen Bedenken gegen eine solche Maßregel geltend gemacht. Auch wurden noch keine Beschlüsse gefaßt. Es gilt jedoch in den beteiligten Kreisen als wahrscheinlich, daß die Festsetzung von Höchstpreisen für den Kartoffelhandel bevorsteht.

Andere Blätter wissen aus dieser Konferenz noch mehr zu berichten. Die Sachverständigen bemühten sich augenblicklich, die Schuld an der augenblicklichen Kartoffelverknappung auf andere Gründe als private Spekulation zurückzuführen, so auf spätes Einbringen der Ernte, Mangel an Transportmitteln, große Aufkäufe der Gemeinden usw. Es liegt auf der Hand, daß diese Gründe keinesfalls geeignet sind, jene Ueberpreise wirklich zu erklären, die heute vielfach bezahlt werden müssen.

Noch charakteristischer erscheinen die folgenden Mitteilungen: „Allgemein gingen die Ansichten der Sachverständigen dahin, daß in diesem Erntejahr mit niedrigeren Kartoffelpreisen nicht zu rechnen sein wird. Denn einmal ist die Ernte in manchen Gegenden durch die Witterung beeinträchtigt worden. Außerdem wird die Landwirtschaft, der die Verfertigung von Brotgetreide unterliegt, zur Erhaltung ihres Viehbestandes vielfach Kartoffeln verfüttern müssen. Ein nicht unerheblicher Teil der Kartoffelernte soll außerdem bekanntlich als Trockenkartoffeln zur Vordereitung mitverwendet werden. Und schließlich wird der Verbrauch von Kartoffeln in der nächsten Zeit zweifellos stärker werden als in normalen Zeiten, weil sie für die mangelnden Hülsenfrüchte einen Ersatz bieten müssen.“

Die Behauptung der „beeinträchtigten Ernte“ erscheint als starke Zumutung, nachdem die amtlichen Schätzungen doch bereits ergeben haben, daß wir es mit einer recht guten Ernte zu tun haben. Die übrigen Gründe können in dieser Kriegszeit erst recht nicht für Preissteigerungen angeführt werden: sie ändern nichts an den Produktionskosten, und nur diese dürfen heute maßgebend sein für das, was das Volk bezahlen muß. Es zeigt sich aber, was von uns ja schon immer gesagt wurde: die Produzenten und Händler möchten die Notlage unseres Volkes ausnützen, um besonders hohe Gewinne zu machen. Es ist tief bedauerlich, geht aber aus dem hier zitierten Bericht klar hervor, daß sie freiwillig nicht für niedrigere Preise eintreten wollen. Umso nötiger ist es, daß von Reichswegen schleunigst durch Höchst-

preise einer längeren Ueberschneidung des Volkes vorgebeugt wird!

Höchstpreise wurden neuerdings festgesetzt für den Stadtkreis Nordhausen und die Grafschaft Hohenstein, und zwar mit 8 M. für den Zentner und 3 Pf. für das Pfund. Der Nachteil einer nur lokalen Preisfestsetzung ohne die Möglichkeit eines wirklichen Verkaufszwanges zeigte sich aber sofort in der mangelhaften Beschickung des Wochenmarktes.

In Saalfeld (Meiningen) hat der Landrat des Kreises den bereits angeordneten Höchstpreis durch scharfe Maßnahmen gegen die Zurückhaltung der Ware ergänzt.

Höchstpreise für Hafer.

Eine Meldung des Wolffschen Bureaus läßt darauf schließen, daß nunmehr der Bundesrat auch für Hafer Höchstpreise verordnet hat. Ueber die Höhe dieser Höchstpreise ist allerdings bis zur Stunde noch nichts bekannt. Die Meldung besagt: In der Donnerstagssitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffelroderei; der Entwurf einer Bekanntmachung über die Höchstpreise für Hafer; die Vorlage betreffend Befreiung von Waren von Zöllen und Verbrauchsabgaben, die deutschen Truppen, den Vereinigungen vom Roten Kreuz oder den Ritter-Orden für die freiwillige Kriegs-Krankenpflege gespendet werden; die Vorlage betreffend Verlegung der Zollgrenze gegen das hamburgische Freihafengebiet und der Entwurf einer Bestimmung über die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Bleifarben und anderen Bleiprodukten.

Freispruch in einem Hochverratsprozeß.

Vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts fand am Donnerstagvormittag der Hochverrats- und Spionageprozeß gegen den Kaufmann Georg Lud aus Nancy, zuletzt in Saarbrücken wohnhaft, statt. Lud, der lange Zeit Angestellter bei den Siemens-Schubert-Werken war, hatte sich in Preußen naturalisieren lassen. Er kam in den Verdacht, nach Ausbruch des Krieges mit dem Eisenbahngehilfen Raugult französische Spionage in Saarbrücken getrieben zu haben. Das außerordentliche Kriegsgericht in Saarbrücken sprach seinerzeit Raugult frei und verwies die Sache gegen Lud an das Reichsgericht. Bestimmte Tatsachen gegen Lud lagen nicht vor. Aus einer Anzahl Schriften, die bei dem Angeklagten vorgefunden worden waren, sowie aus dem Umstand, daß er mit einer Reihe von Franzosen verkehrt hatte, war der Verdacht entstanden, daß er für Frankreich Spionage treibe. Die Anklage erblidete ein strafbares Vergehen vor allem auch darin, daß der Angeklagte eine Drohschübe über den Fall Zabern verfaßt hatte. In diesem nichtöffentlichen Werke soll er für die Vorsehung Elsch-Vertrugens vom Deutschen Reiches Stimmung gemacht haben. Das Reichsgericht nahm jedoch an, daß es sich nur um Meinungsäußerungen gehandelt habe, nicht aber darum, daß Lud einen bestimmten Plan entworfen hätte, mittels dessen seine Idee ausgeführt werden könne. Deshalb läge keine strafbare Handlung vor. So sprach das Reichsgericht gemäß dem Antrage des Reichsanwalts den Angeklagten von der Anklage der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens nach § 86 des Strafgesetzbuchs frei und hob den Haftbefehl gegen ihn auf.

Das Ziel des Kampfes.

In einem Leitartikel spricht die „Kreuzzeitung“ von Rußland als einem „Koloß auf tönernen Füßen“ und schließt den Absatz:

„Der mannhafteste Entschluß der Türkei, die bedrohliche Haltung Persiens, das Gähren in Afghanistan und in den russischen Grenzprovinzen beweisen ferner, daß man die Zeit für gekommen erachtet, den Koloß zu zertrümmern und den unterjochten Völkern die nationale Freiheit wieder zu geben.“

Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß auch ein Blatt wie die „Kreuzzeitung“ für die Befreiung der unterjochten Völkerschaften eintritt, und die Ueberzeugung vertritt, daß die gewalttätige Unterdrückung der nationalen Freiheit wohl einen Koloß schaffen kann aber doch nur einen, der auf tönernen Füßen steht.

Landtagssitzung in Meiningen.

Der Meiningener Landtag ist von der Regierung auf den 16. November einberufen worden. Es dürfte sich nur um eine zur Erledigung der dringendsten Vorlagen notwendige kurze Tagung handeln.

Letzte Nachrichten.

Zur Beschickung der Dardanellen.

Amsterdam, 5. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die „Times“ meldet aus Athen: Berichte aus Tenedos erzählen, daß das Bombardement auf die Dardanellen am Mittwoch, morgens 7 Uhr, begann und 15 Minuten dauerte. Die Beschickung wurde später wiederholt. Vorher hatte sich ein Geschwader der Verbündeten der Küste Klein-Asiens genähert und das Küstenfort Stumaleffi erfolglos beschossen. Das in der Nähe kreuzende italienische Geschwader ging auf Rhodus zurück. Ein amerikanisches und zwei italienische Kriegsschiffe blieben vor Beirut, um die Europäer zu beschützen.

Englische Rufe nach einem japanischen Hilfskorps für Europa.

Amsterdam, 5. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das Novemberheft der „Fortnightly Review“ erklärt: Am auf dem westlichen Kriegsschauplatz eine rasche und völlige Entscheidung zu unseren Gunsten herbeizuführen, ist die unmittelbare Gegenwart eines Hilfsheeres von 250 000 geübten Soldaten nötig. Ein einziges Land könne es liefern, Japan. Binnen Monatsfrist können die Japaner auf dem Wege über Kanada, der nur wenige Tage länger als derjenige über Indien ist, in Belgien oder in der Normandie sein.

Sicherlich sei es eine ernste Sache, den fernem Osten gegen den europäischen Feind anzurufen, aber kein Schamgefühl darf uns hindern, das zu tun, was die Vorsicht gebietet.

Im „West Journal“ bedauert Fishon gleichfalls, daß die Alliierten noch nicht die japanische Hilfe für den europäischen Kriegsschauplatz anrufen. Die Japaner täten nichts lieber, denn dieses.

„Anbald“ findet solche Pläne leichtgläubig, denn England hat von seiner japanischen Allianz schon den Vorteil, bei etwaigen Schwierigkeiten in Indien die japanische Hilfe anrufen zu können, was für eine Kolonialmacht ein bedeutlicher Vorteil sei; aber die Japaner auch nach Europa zu rufen, wäre noch ruhmloser.

Wer hilft den Frauen der Krieger und der Arbeitslosen?

lautete wiederum das Thema zweier vom sechsten Wahlkreis einberufener öffentlicher Frauenversammlungen. Auch diesmal waren die Frauen und Mädchen in Scharen erschienen, ein sicheres Zeichen dafür, wie nahe ihnen die behandelten Fragen gehen. Genossin Clara Wehl hatte denn auch ein aufmerksames Auditorium, als sie im großen Saale der „Pharusäle“ in großzügiger Weise die durch die Kriegslage geschaffene Not der vielen arbeitslosen Frauen und Mädchen sowie der Angehörigen der Krieger besprach. Mehr wie einmal wurden ihre Ausführungen aus der Mitte der Versammlung heraus spontan bekräftigt. Aus ihrer Tätigkeit konnte sie Beispiele anführen, die die Lage der Arbeiterfrauen und -Mädchen treffend illustrierten. Mit Recht wies Madernerin auf die Tatsache hin, daß die Arbeitslosigkeit die weiblichen Elemente weit schlimmer trifft als die Männer. Sie erinnerte auch daran, wie wir in den Parlamenten immer und immer wieder eine Arbeitslosenunterstützung gefordert hätten, wie man dieselbe aber jedesmal hinausgeschoben habe. Nunmehr habe sich deren Einführung als unumgänglich notwendig erwiesen — Kot lehre auch denken. Die Arbeitslosenunterstützung werde nicht mehr aus der Tasche Berlins verschwinden. Sie wies u. a. auch auf den Vorteil hin, den die Organisierten in dieser Zeit haben und schloß hieran den Wunsch, daß im Frieden sich dann jeder Angehörige der Arbeiterklasse auf die Pflicht, sich zu organisieren, besinnen werde.

Sicherlich sind die warmherzigen Worte der Referentin auf fruchtbaren Boden gefallen. Der starke Beifall sprach dafür. In den „Milafalen“ drängte sich Kopf an Kopf, es waren fast nur Frauen im Saal, an die sich Genossin Luise Riez mit Temperament und Wärme wandte. Eindringlich wies sie auf die Pflichten hin, die die Gemeinschaft den Arbeitslosen wie den Angehörigen der Krieger gegenüber hat. Die Bedürftigen hätten durchaus ein soziales Recht auf die Unterstützungen, die sie in Anspruch nähmen. Der Pflicht, die die Männer im Kriege erfüllen, siehe die Pflicht der Frauen gegenüber, in und außerhalb der Hauslichkeit auch für Menschlichkeit zu wirken. Sie sollen auch ihren Kindern sagen, daß auch die Krieger anderer Nationen für ein Vaterland kämpfen, daß auch der feindliche Kriegsmann zu Hause eine Mutter hat, die mit bebenden Lippen nach ihrem Sohne fragt, oder eine Familie und daß auch seine Kinder nach dem Vater jammern. Pflicht der Hinterbliebenen sei es ferner, die Organisationen zu stärken und für die Presse zu agitieren, daß sie die schönsten Freuden, die sie den zurückkehrenden Kriegern bereiten könnten. Die sozialistischen Ideale, die sie in Herz und Hirn trügen, würden ihnen auch schon die Kraft verleihen, dieses Werk zu vollbringen. (Großer Beifall.)

Aus Groß-Berlin.

Die Schulspeisung und der Krieg.

Im Jahre 1907 beschloßen die städtischen Behörden die Speisung der schulpflichtigen Kinder, die ihrer bedürftig sind. Dieser Beschluß erfolgte auf wiederholten Antrag der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion, die den Grundgedanken aufstellte, daß es im Interesse eines gedeihlichen Schulunterrichts liege, wenn die am Unterricht teilnehmenden Kinder auch körperlich in der Lage sind, den Unterricht in sich aufnehmen zu können. Wohl hatten schon vor dieser Zeit arme Kinder aus Vereinskassensmitteln ein Frühstück erhalten, und auch warmes Mittagessen war einer Anzahl von dem von der Stadt subventionierten Verein für Kindervolksschulen gegeben worden, aber eine systematische Schulspeisung war das nicht. Diese trat erst nach Annahme des sozialdemokratischen Antrages ein, wenn auch zunächst sehr unzulänglich. Es zeigte sich, daß die Zahl der hungernden Schulkinder größer war, als man in Magistratskreisen annahm, und die städtischen Behörden mußten fortgesetzt zur Vergabe größerer Mittel für diesen Zweck genötigt werden.

Es wurde die Einrichtung getroffen, daß der Antrag auf Freispeisung, die in der Lieferung eines warmen Mittagbrottes bestand, an den Rektor der Schule gerichtet werden sollte und daß nach Prüfung der Bedürftigkeit die zu speisenden Kinder dem Verein für Kindervolksschulen überwiesen wurden. Leider wurde die ganz unangebrachte Bestimmung beschlossen, daß die Prüfung der Anträge den Armenkommissionen übertragen wurde, obwohl die Gewährung der Freispeisung keine Armenunterstützung darstellt. Dieser Zustand ist ganz unhaltbar, da die Schulspeisung eine Schulfrage ist und mit der Armenverwaltung nicht das mindeste zu tun hat. Bis auf den heutigen Tag ist diese Bestimmung leider nicht aufgegeben worden. Es ist das eine Engbergigkeit des Magistrats, die ganz unverständlich ist. Jeder mit den Verhältnissen Vertraute weiß, daß die Lehrer, die tagtäglich mit den Schülern zusammen sind, sowie die Direktoren der Rotwendigkeit, ob Schulspeisung erforderlich ist, am allerbesten beurteilen können, und es müßte vollständig genügen, wenn den Rektoren die Entscheidung über die Gewährung der Freispeisung übertragen würde. Wir haben schon manche Direktoren in dieser Sache gesprochen und von allen gehört, daß sie ganz unserer Meinung sind. Ueberflüssig ist auch der heute noch den Eltern vorgelegte Revers, in dem sie ihre Bereitwilligkeit erklären sollen, die Kosten für die gewährte Schulspeisung zurückzahlen, wenn sie dazu in der Lage sind. Und wenn jemals, so sollte der Magistrat in jetziger Zeit von allen überflüssigen Maßnahmen Abstand nehmen, die dahin gehen, die ärmere Bevölkerung von der Inanspruchnahme der Schulspeisung abzuschrecken. Wenn auch viele Kreise wissen, daß alles das nicht so gemeint ist, wie es aussieht, so sind doch diese Bestimmungen überflüssig. Sollten wirklich einige Kinder mehr Freispeisung erhalten, so macht das nichts aus.

Mit dem Verein für Kindervolksschulen ist vereinbart, daß die Stadt für jede Portion Essen zahlt. Während früher pro Portion 10 Pf. vereinbart war, wird seit zwei Jahren für die Portion 12 Pf. gezahlt. Die für die Schulspeisung aufgewendeten Mittel haben sich von Jahr zu Jahr erhöht, und der diesjährige Etat enthält die Summe von 220 000 M. für diesen an sich guten Zweck.

Der Krieg hat aber auch auf die Schulspeisung stark eingewirkt. Während im August 1913 an Schulkindern 128 432 Portionen Mittagessen verabreicht wurden, belief sich die Portionenzahl im August 1914 auf über 251 000, ist also um das Doppelte gestiegen. Im September dieses Jahres stieg die Portionenzahl sogar auf über 574 000, überstieg also den ersten Kriegsmonat um das Doppelte, während im September vorigen Jahres 144 000 Portionen verabreicht wurden. Die Zahl der Schulkinder, die gespeist wurden, betrug am Anfang August 7884, war am Ende auf 21 497 gestiegen; sie stieg weiter bis Ende September auf 26 700. Diese Zahlen lassen einen Schluß auf die Notlage vieler Kreise unserer Mitbürger zu. Sie beweisen aber auch, daß die für normale Zeiten berechneten etatsmäßigen Mittel auch nicht entfernt ausreichen, das Bedürfnis zu decken. Die vorhandenen Mittel sind bereits bis auf 54 000 M. aufgebraucht, die nicht einmal zur Bestreitung der für den Monat Oktober zu bezahlenden Portionen ausreichen. So wirkt der Krieg auf alle Gebiete der städtischen Verwaltung. Die Deputation für Schulspeisung beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, beim Magistrat die Bewilligung der Mittel zur Fortführung der Schulspeisung zu beantragen. Die Höhe der Summe dürfte auf etwa 400 000 M. bis April zu schätzen sein, sicher ist sie nicht festzustellen.

Was die Qualität sowie die Quantität des an die Kinder verabreichten Essens in den Kindervolksschulen betrifft, so sind in letzter Zeit besonders häufig Klagen an die Deputation für Schulspeisung gelangt. Soweit es sich um Fälle von ver-

dorbenem Fleisch handelt, soll die Wiederholung durch eine vom Verein für Kindervolksschulen in der Spichernstraße eingerichtete Speisegentrale unter sachmännischer Aufsicht vorgebeugt werden.

Ferner soll nach einem Magistratsbeschlusse ein ehrenamtlicher Aufsichtsdienst über die mit städtischen Mitteln eingerichteten Speisegemeinschaften durch Frauen aus der städtischen Verwaltung geschaffen werden. Zu diesem Zwecke werden den Frauen auch bestimmte Kindervolksschulen zur Inspektion überwiesen; ein Recht, Anordnungen zu treffen, haben die Damen aber nicht.

Unseren Standpunkt zur Frage der Schulspeisung haben wir seit Jahren dargelegt. Wir meinen, es sei Sache der Stadt, die Schulspeisung selber auszuführen. Wir verkennen aber nicht, daß der Verein für Kindervolksschulen auf diesem Gebiete vieles geleistet und sich um die Schulspeisung trotz mancher Mängel sehr verdient gemacht hat.

Behandlung von Frauen Einberufener.

Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, daß das Publikum von staatlichen oder städtischen Behörden anständig behandelt wird. Leider ist auf diesem Gebiete noch vieles zu wünschen.

Das aber hätte man sicher erwarten können, daß die Frauen Einberufener bei Abhebung ihrer ohnehin lärglichen Unterstützung nicht auch noch Schwierigkeiten haben und obdenn recht ungebührlich behandelt werden. Aber auch in diesem Falle scheinen schwere Mängel vorhanden zu sein.

In der „Morgenpost“ vom 1. November schildert eine Frau ihre Erlebnisse auf dem Steueramt am Richardplatz in Neutölln also:

„Mit uns Frauen von den Einberufenen wird bei der Erhebung der Kriegsteuerunterstützung mitunter übel umgegangen. Kommt man morgens recht pünktlich auf das Amt am Richardplatz 13 zu Neutölln, stehen schon weit über hundert Frauen im kalten Hausflur, beide Tore weit offen, bis auf den Hof hinaus. Dann dürfen ganz langsam, schubweise, ungefähr zwölf Frauen auf einmal in das für diesen Zweck viel zu kleine Steuerbureau, wo wir nach einer weiteren Viertelstunde das Geld bekommen. Am 2. Oktober kam ich nun 12 1/2 Uhr hin, und ich wurde angefahren, ich solle ein anderes Mal früher kommen, um 12 1/2 Uhr sei Schluss. Als ich nun am 17. Oktober um 11 1/2 Uhr hinkomme, stehen wieder noch ungefähr 20 Frauen auf dem Flur, und wie eine halbe Stunde vorüber war, kam der Herr Vorsteher heraus mit dem herrlichen Bescheid: „Es gibt nichts mehr, kommen Sie am Montag wieder!“ Wir rührten uns aber nicht von der Stelle, weil eben die meisten Frauen keinen Pfennig mehr hatten (eine Frau erklärte, sie hätte statt Morgensloffe nichts weiter als einen Schäl Wasser genossen), und wir konnten doch nicht bis Montag hungern. Wenn man mit täglich 1,35 M. sich und zwei große Kinder beschaffen, Schußzeug instand halten und was sonst an Allernötigstem im Haushalt fehlt, bestreiten soll, kann man unmöglich noch zwei Tage länger reichen. Nach einer Weile kam das Fräulein heraus und bedeutete uns, nach Hause zu gehen mit den Worten: „Geld ist wohl noch da, aber wir wollen schlafen“. Viele Frauen waren schon das dritte Mal da und selbstverständlich empört, daß sie wieder abgewiesen wurden. Auf die erregten Reden der Frauen meinte das Fräulein recht artig: „Na, regen Sie sich man nicht auf!“ Als wir nun glücklich hineingelommen waren, erlebten wir noch häßlichere Szenen. Die Herren weigerten sich, uns abzufertigen; zwei Frauen hatten den Vorsteher, er möge ihnen doch etwas geben, weil sie für die Kinder nichts zu essen hätten. Da sagte er ihnen ins Gesicht, das ginge ihn gar nichts an; so maßlos wütend war der gebildete Herr. Sind wir denn Verbrecher, daß wir uns so behandeln lassen müssen? Sind wir nicht schon hart genug betroffen, daß wir unsere Männer hingeben müssen, um auch diesen Herren Haus und Herd zu schätzen? Ich dachte, sie könnten froh sein, daß sie nicht draußen im Felde in der Kälte liegen müssen. Gerade sie hätten die Pflicht, uns in dieser schweren Zeit doppelt höflich zu kommen, aber sie wissen ja nicht, wie Hunger tut und wie uns überhaupt zumute ist.“

Bis heute ist auf diese Vorstellung eine Reueuerung nicht erfolgt. Wenn nur ein Teil der Angaben stimmt, so ist das ein Be-

Aus den Kämpfen in Ostpreußen.

Folgender Feldpostbrief eines Berliner Landwehmannes wird uns zur Verfügung gestellt:

Erst halfen wir 4 Wochen Königsberg besetzten, war da bei der Holzfüllerkolonne. Sodann kamen wir nach Tapiau. Den Verlauf wirst Du aus der Zeitung kennen. Am 8. September kam ich zum aktiven Regiment. Schon am 9. September bekamen wir daselbst in der Schlacht bei Wittmitten die erste richtige Feuerprobe. Wir lagen zuerst hinter unserer Artillerie, Kanonenschiffe und das unaufhörliche Rollen des Geschützes war zu hören. Bis auch wir ins Gefecht eingreifen konnten. Genau wie bei Spichern 1870. Im Lauffschritt ging's durchs Tal; am gegenüberliegenden Waldrande, welcher steil anstieg, hatten sich die Russen verschanzt. Es galt diese Gräben zu nehmen. Unter dem gewaltigen Feuer unserer Artillerie drangen wir bis auf 100 Meter heran, schossen nochmals gewaltig und gingen nunmehr zum Sturm vor. Qui, wie pfiffen da die Kugeln. Kameraden fielen rechts und links, aber rasch heran. Alles, was noch Gewehr in der Hand hatte und sich wehrte, wurde durchbohrt, erschossen. Nachten auch eifrige Gefangene. Der Abend war hereingebrochen, brennende Geschosse beleuchteten gespenstisch die Gegend. Wir immer den Russen hinterher. Am 10. September hatten wir das Gefecht bei Lissen (?). Wir bekamen Infanteriefeuer und Feuer dreier Maschinengewehre. Zielten trotzdem über eine Stunde aus und brachten die Maschinengewehre zum Schweigen. Als plötzlich unsere Artillerie heran war. Nun gab's beim Feinde kein Halten mehr. Sie rissen aus wie die Schafe. Da hat wieder so mancher Russ' ins Gras gebissen. Wir feuerten hinterher, was das Gewehr aushielt. Nunmehr zogen die Russen in voller Flucht zur Grenze. Am 11. hatten wir Marsch hinterher. Am 12. kamen wir durch Goldap. Wir mußten weiter. Ich fühlte, daß mich die Kräfte verließen und meldete mich. Der Major meinte: „Es fällt, was fällt, wir müssen durch.“ Ein dreimaliges Durra war die Antwort. Es galt nämlich den Rückzug der Russen abzuwehren, und so ging es wieder los, die ganze Nacht durch. Leider blieb ich infolge der laputten Füße in der Nacht liegen. Ich war mir klar, eventuell zwischen die Russen zu geraten. Am Morgen des 13. September machte ich mich auf den Weg. Das Regiment marschierte über Gr. Nominthen nach Stallupönen. Wir wollten folgen. Es waren viele Nachzügler, vom ... Regiment, der Division. Wir zogen im Gänsemarsch die Landstraße entlang und fühlten uns ganz sicher. Um so mehr, als wir auf unsere Bagage stiegen, welche den gleichen Weg einschlug. Gegen 9 Uhr vormittags kamen wir am Orte Palätschen, Besatzung Karlowisfallen, an, als wir von links ein furchtbares Geschützfeuer erhielten. Die Russen hatten unsere Bagage überfallen. Die Division war ja durchgedrungen und wir befanden uns dahinter, zwischen Russen. Die Bagage machte kehrt und fuhr im Galopp davon. Manen der Bagage kamen und sagten: „Kameraden, heist uns.“ Wir konnten ja sowieso nicht rennen. Ich sammelte deshalb die Nachzügler, es waren so 150 Kameraden, schwärmten aus und griffen schließlich den Feind an. Ohne Offizier, ohne Unteroffizier.

Doch es ging, und es gelang mir, Schwung in die Kolonne zu bekommen. Wir besetzten den Straßengraben. Aus nahen Gehöften erhielten wir Feuer. Es galt, die Geschütze zu säubern. Als erster wurde der Gefreite Solofski von meiner Kompanie verwundet. Schuß durch den Oberschenkel. Wir stürmten, etwa 20 Mann, ein Gehöft. Aber nur ich und ein anderer kamen daselbst an. Ich erhielt einen leichten Streifschuß an der rechten Hand. Er hinderte mich nicht, weiter mitzumachen. (Heute ist es längst geheilt.) Die Augen sausten wie Hagel. Aber durch unaußersichtliches Feuer zogen sich die Russen auf eine Höhe zurück. Wir immer noch in unserem Eifer. Denn wenn man einmal mang ist, da gibts kein Halten mehr. Oben befand sich ein fertiger Schützengraben, welchen wir gleich benutzten. Kaum waren wir eingeschossen, so bekamen wir unsere Portion in der Form russischer Schrapnells. Direkt in den Schützengraben hinein. Das hielt uns doch nicht aus und zogen uns zurück. Viele Tote und Verwundete mußten wir zurücklassen. Viele wurden aufs Neue versprengt. Als wir uns sammelten, waren wir noch etwa 20 Mann. Und um uns die Russen. Kein Ausweg offen. Zunächst beobachteten wir. Wir sahen, wie 2 Kameraden sich an die russische Artillerie heranschlichen. Der eine wurde getötet, der andere kam zurück. Es war der Reservist ... Kompanie, Regiment ... das zerflossene Gewehr noch in der Hand. Ein Schrapnell hatte beide getroffen. Der Schützengraben sah furchtbar aus. Am Hals und an der Brust verwundet. Er wurde noch am gleichen Tage mit ... noch Goldap gebracht. Wir griffen uns nunmehr 2 russische Pferde und suchten uns einen Leiterwagen von einem zerflossenen Geschöft, um baldigt aus dem Bereich der Russen zu entkommen. Auf derselben Straße, wo wir überfallen wurden, zogen gegen 2 Uhr nachmittags Kolonnen. Wir glaubten, es seien unsere und fuhren darauf los. Ich glaubte nicht daran und machte zur Vorsicht. Doch die anderen ließen sich nicht halten. 200 Meter davon entfernt schoß plötzlich die Artillerie in das nahe Dorf. Wir hielten an und schickten 2 Mann hin zum Nachsehen, was da los sei. Eine Bretterwand des Bahndammes entzog uns ihren Blicken. Aber plötzlich kamen die beiden mit dem entsetzten Ruf: „Russen, Russen!“ zurück. Wie ich später erfuhr, hatten einige Versprengte und einige Kadfahrer, welche uns vorgefahren waren, Feuer in die Russenkolonne gegeben und somit zum Halten gezwungen. Nunmehr fuhren wir im Galopp zurück. Der Wagen brach zusammen und wir mußten zu Fuß weiterziehen. Russische Patrouillen nach und nach abziehend. Im nächsten Dorf trafen wir einen Förster in Zivil, welcher uns den Weg zeigte, den unsere Bagage genommen hatte. Am Abend stiegen wir zur selben. Hatten wir auch furchtbare Verluste im Laufe des Tages erlitten, so hatten wir doch unsere Bagage gerettet und den Kadmarsch der Russen um Stunden aufgehalten. Und wären wir nicht die so gehetzten Nachzügler gewesen, das Eisener Kreuz wäre uns sicher gewesen. In der Nacht bezogen wir Wache für die Bagage. Es regnete in Strömen. Auch in der Nacht kamen noch Russen. Es waren Flüchtlinge. Am anderen Morgen machten wir noch etwa 50 Gefangene, darunter ein Oberst und ein Feldwebel. Der Oberst sah ganz allein im Walde und blickte trübsal. Da haben wir ihn aufgeladen, zogen durch den Nominthenforst und kamen nach Stallupönen. Ich schloß mich dem Regiment...

auf einige Tage an und kam später zu meiner Kompanie zurück. — Auf furchtbaren, fast unpassierbaren Wegen zogen wir durch Rußland bis zur Nemel, doch stark vordringender Feind zwang uns zurück. Auch die Verpflegung litt darunter. Kein Stüchden Brot. Oftmals 3 Tage lang. Und dazu die pestilenzartig stinkenden, mit 20 Zentimeter hoher Schlammenschicht bedeckten Wege. Schlimmer als eine Schlacht. Wir bezogen vor Suwalki feste Stellung, in der wir jetzt noch liegen. Am 10. Oktober lagen wir rechts der Straße nach Suwalki. Vor uns eine Senge. Vor dem Dorf unser Schützengraben. Wir lagen in Scheunen des Dorfes, die Wache im Graben. Plötzlich erhielten wir Feuer einer russischen Schömeren und einer leichten Batterie. Es war furchtbar. Immer 6 Schuß auf einmal. Das war ein Heulen und Krachen. Der erste Treffer schlug in eine Scheune, tötete 2 Mann und verwundete 11 Mann. Sofort brannte es auch. Schnell besetzten wir den Schützengraben, in welchem wir ja dank der schlechten russischen Munition ziemlich sicher waren. Eine 18-Zentimeter-Granate schlug einen Meter vor mir direkt in den Schützengraben in eine Schulterschule, blieb einen Augenblick liegen und krepitierte unter furchtbarem Knall, uns mit einem Berg Erde und Steine begraben. Wie ein Wunder, niemand verwundet. Aber Mund, Nase, Ohren, Augen, alles voll Dreck. Da klapperten aber doch die Jähne. Und keiner wich auch nur einen Zoll. Es wurde ein Angriff erwartet. So etwa 150 Stück kamen noch geflohen. Nur einige Verwundete, welche hinter einem Geschöft lagen, wurden nochmals verwundet. Dann ließ das Feuer nach und verstummte gänzlich. Es war eine furchtbare Kanonade. Am Abend wurden wir abgelöst und kamen dann links der Straße in Stellung. Noch liegen wir darin. Wohnen in Erdhöhlen. Steinige Felder, zerflossene Dörfer, tagtäglich russische Granaten zum Frühstück, zum Abendbrot. Vereinzelt Geschützfeuer. Nichts Gefährliches zum Essen. Trodenes Brot. Keine reine Wäsche, kein Waschen, 12 Wochen die Lampe nicht vom Leib gehabt. Dreimal bis auf die Seele durchgeweicht und auf dem Leib getrodnet, das sind die Anstrengungen eines alten Landwehmannes im Felde! (Ein Bruder von mir ist in Frankreich verwundet worden und wird vermisst.) Ich war durch das Nachzüglergefecht auch als vermisst gemeldet. Hoffentlich habe ich Glück und kann zurückkehren. Aber wer weiß, wie das noch kommt. Die Russen waren wieder bis 200 vorgezogen, wurden aber durch unsere Landwehrregimenter siegreich zurückgeschlagen. Wir hörten das Feuer bis nach hier. ... Aber fest einpacken, am besten in leichte Viehhäute, denn es wird oft naß und wird dann gefroren. Gemacht wird überhaupt viel. Den vierten Tag bin ich schon weggemacht. Habe keine Karte deshalb nicht erhalten. Wenn Du also so gut sein willst und mir etwas schickst, so könnte man ja vieles brauchen: leichte Tabak zur Pfeife, 2 Rollen Bismut, evtl. Fettigkeiten, 1 Schachtel Streichhölzer, Taschenlampenbatterie. Man kann alles brauchen, was zum Essen ist. Nur will ich da Dir keine Vorschriften machen. Man freut sich über die kleinste Gabe, das wirst Du ja nachfühlen können. ... Die Post ist auch belämmert, sie funktioniert furchtbar schlecht. Aktive Offiziere sind nicht mehr in der Kompanie, auch nur wenig aktive Mannschaften; Kompanie hat furchtbar gelitten. Alles Ersparereserve, Reserve und Landwehr sowie Kriegsvorwillige, Geschrieben in der Erdhöhle vor Suwalki, am 23. 10. 1914.

weil, daß auf dem Steueramt am Richardplatz eine Praxis in der Abfertigung herrscht, die so schnell wie möglich geändert werden sollte. Die Frauen kommen doch nicht als Bittende nach dem Steueramt, und der Magistrat in Neuföhren sollte so schnell wie möglich den Herren des Steueramtes den Standpunkt klar machen; vor allem dafür sorgen, daß die Frauen schnell und höflich abgefertigt werden.

Das ist seine selbstverständliche Pflicht!

Von der Tätigkeit des Arbeitsnachweises.

Insgesamt 29000 Arbeiter wurden durch den Zentralverein für Arbeitsnachweis seit Ausbruch des Krieges in Arbeitsstellen außerhalb Berlins untergebracht. Den Hauptanteil stellen die zu den Schanzarbeiten entsandten Arbeiter, deren Zahl rund 27000 beträgt. Für Landarbeit wurden mehr als 1200 Arbeiter vermittelt.

Bäckermeister und Brotversorgung.

Am Montag, den 2. November, fand in den Konfordialen eine große Bäckermeisterversammlung statt, die sich mit der neuesten Bundesratsverordnung betreffend Weizenmischung von Roggenmehl zum Weizengebäck und von Kartoffelmehl zum Roggenbrot beschäftigte. Obermeister Schmidt wies auf die Notwendigkeit hin, unser Volk auch nach der Ernährungsseite hin wirtschaftlich stark zu erhalten. Von diesem Gesichtspunkte lasse sich die Bundesratsverordnung leiten. Danach müssen jedem Roggenbrot mindestens 5 Proz. Kartoffelmehl zugesetzt werden. Wo bis zu 20 Proz. Kartoffelmehlzusatz beigelegt werde, ist der Buchstabe „K“ dem Brote aufzuprägen, bei noch höherem Prozentsatz auch die Zahl. Das Weizengebäck müsse mit einem Zusatz von mindestens 10 Proz. Roggenmehl hergestellt werden. Die Befanntmachung ist im Laden auszuhängen. Die Versammlung erklärte sich mit den Maßnahmen des Bundesrats einverstanden. Nur daß man auch für Knüppel den Zusatz von Roggenmehl vorschreibe, konnte man nicht verstehen, und beauftragte den Vorstand, noch einmal hierüber mit dem Handelsminister Rücksprache zu nehmen.

Zugvermehrung auf der Wilmerdorfer-Dahlemer Schnellbahn.

Auf der Strecke Fehrbelliner Platz—Thielplatz, auf der bei Kriegsbeginn eine Zugfolge von 20 Minuten eingeführt wurde, werden von heute, den 6. November ab, die Züge wieder in Abständen von 10 Minuten verkehren.

Die Uraniasäulen.

Die auf den Straßen und Plätzen Berlins vorhandenen Uraniasäulen sollen zur gewerblichen Ausnutzung für Kleingewerbe neu verpachtet werden. Die Pachtbedingungen sind im Stadthaus Zimmer 280 zu erfahren.

Unentgeltlicher Theaterbesuch für Verwundete.

Die vom Roten Kreuz von Berlin geschaffene Einrichtung, die unteren verwundeten Kriegern den unentgeltlichen Theaterbesuch ermöglicht, erfreut sich regem Zuspruchs. Die Nachfrage ist eine außerordentlich starke und es darf daher nur begrüßt werden, daß durch die Generalintendantur der königlichen Schauspielhäuser nunmehr für die königliche Oper und das königliche Schauspielhaus dem Roten Kreuz von Berlin täglich eine Zahl von Freitickets zur Verfügung stellen.

Den verwundeten Soldaten bietet sich somit jetzt fast überall unentgeltlich Gelegenheit zu Theaterbesuch und sonstiger Unterhaltung und Zerstreuung, da nahezu sämtliche in Betracht kommenden Institute die vom Roten Kreuz von Berlin geschaffene Einrichtung in dankenswerter Weise unterstützen.

Die Abgabe der Karten erfolgt täglich in der Zeit von 10 bis 1 Uhr vormittags und von 4 bis 8 Uhr nachmittags in der Geschäftsstelle, Markgrafenstr. 40.

Weitere Notstandsmaßnahmen in Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung beriet am Mittwoch wieder eine Reihe von Vorlagen, deren Notwendigkeit sich aus dem Kriege ergab. So wurde unter anderem beschlossen, von dem für die städtischen Krankenanstalten und das Bürgerhaus für das nächste Etatsjahr erforderlichen Wäschgedeck etwa 60 Proz. bereits jetzt anzuschaffen. Die hierzu erforderlichen Mittel im Betrage von 40000 M. wurden vorläufig bewilligt. Durch diese Maßnahmen wollen die städtischen Körperchaften zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit beitragen.

Die Vorlage betreffend Erwerbslosenfürsorge während des Krieges, deren Inhalt wir bereits wiedergegeben haben, fand allseitige Zustimmung. Unsere Genossen Gebert und Dr. Vordardt kritisierten dagegen, daß der Magistrat von einem Zusammenarbeiten mit den gewerkschaftlichen Organisation nichts wissen wolle. Der Antrag der Vorlage widersprachen auch sie nicht, um die Disaffektion für die Arbeitslosen nicht zu gefährden. Bemerkenswert ist die Erklärung des Bürgermeisters Dr. Maier, daß der Magistrat einem Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften nicht etwa grundsätzlich ablehnend gegenüberstehe, nur scheint ihm das jetzt, wo es sich nicht um eine Arbeitslosenversicherung, sondern nur um eine Arbeitslosenunterstützung handle, nicht angängig.

Eine lebhafte Debatte entfaltete der Bericht des Ausschusses über die Vorlage betreffend Gründung einer Mietdarlehnskasse. Es ist erinnerlich, daß der Magistrat der Versammlung die Gründung einer solchen Kasse vorgeschlagen hat, die den Hausbesitzern gegen Verpfändung der Mietsrente Kredit gewähren sollte. Die Verhandlungen im Ausschuss haben nun ergeben, daß die Haus- und Grundbesitzerorganisationen von einem Kredit, den sie später zurückzahlen müssen, nichts wissen wollen. Die Grundbesitzer verlangen vielmehr, daß die Stadt sie für den gesamten Mietsausfall, den sie erleiden, entschädigt.

Das wäre freilich das einfachste, aber darauf kann sich eine Stadtverwaltung, die die Interessen der gesamten Bevölkerung wahrzunehmen hat, nicht einlassen. Ganz abgesehen von dem Bedenken grundsätzlicher Art kann sie die hierzu erforderlichen Summen nicht aufbringen. Da die Grundbesitzer an ihrer Auffassung, Entschädigung durch die Stadt für den gesamten Mietsausfall, festhielten, blieb dem Ausschuss nichts weiter übrig, als seine Verhandlungen zu vertagen. Um aber wenigstens das in der Vorlage mit vorgesehene Mietseinsparungsamt nicht auch zu gefährden, beantragte der Ausschuss die Annahme dieses Teils der Vorlage. Das Plenum trat dem Antrage bei. Das Mietseinsparungsamt, das dadurch in Kraft getreten ist, besteht aus einem Magistratskommissar als Vorsitzenden und je zwei oder mehr Besitzern aus dem Kreise der Mieter und Vermieter nach näherer Anordnung des Magistrats.

Gemeindefürsorge in Adlershof.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung beschäftigte sich mit den von unseren Vertretern gestellten Anträgen auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung sowie auf Schulpflicht.

Die Gemeinde hat bisher 1551 M. für diese Zwecke ausgegeben. Nach dem jetzigen Stande der Arbeitslosigkeit wird aber noch ein Betrag von 7000 M. erforderlich sein.

Genosse Klotz war der Auffassung, daß dieser Betrag bei weitem nicht ausreiche, um den bescheidensten Anforderungen zu genügen. Die jetzt gewährte Arbeitslosenunterstützung von 4 resp. 3 M. sei zu gering, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Es müsse daher eine Erhöhung der Sätze vorgenommen werden. Er bedauert weiter, daß die Gemeinde es ablehne, mit den Gewerkschaften Hand in

Hand zu arbeiten. Die Mehrheit der Gemeindevertretung zeigte den Anträgen unserer Vertreter gegenüber sehr wenig Entgegenkommen, über wies aber dann die Weiterberatung der Anträge dem Kriegsausschuss. — Der Vertreter des Hausbesitzervereins bedauerte, daß der Bürgermeister noch nichts unternommen habe, um den durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Hauswirten finanzielle Hilfe zu gewähren. Genosse Wiltner wies auf das Vorgehen anderer Vorortgemeinden hin, die durch Zahlung von Mietsunterstützung Vermietern und Mietern entgegenkommen.

Ein weiterer Antrag unserer Vertreter, Kohlen und Kartoffeln an Bedürftige zu verteilen, wurde dem Kriegsausschuss überwiesen. — Bedürftige Schulkinder erhalten vom 15. November täglich als Frühstück $\frac{1}{4}$ Liter Milch und eine Schuppe. Die Lieferung von Mittagessen aus der Volkstüche soll nach vom Kriegsausschuss beraten werden.

Kommunaler Kartoffelverkauf in Nowawes.

Der Gemeinde ist es gelungen, einige Waggonladungen guter roter Speisekartoffeln zu verhältnismäßig niedrigen Preise zu kaufen, um dieselben zum Selbstkostenpreise an die Bevölkerung abzugeben. Frei ins Haus gebracht, kostet der Zentner 3,70 M. Bestellungen werden noch im Zimmer 16 des Rathauses, Pfleiferstr. 82, entgegen genommen.

Mehlspende für Nowawes.

Die Potsdamer Getreide-Engroshandlung E. Kamppmeier schenkte der Gemeinde 50 Sack Mehl zur Herstellung von Brot für die arme Bevölkerung.

Eine Schwindlerin in Trauerkleidung.

treibt in Neuföhren ihr Unwesen. Sie sucht Ehefrauen auf und erzählt ihnen, daß ihr Mann im Felde gefallen sei. Sie stamme aus Schleswig-Holstein und wolle nun nach ihrer Heimat zurückkehren. Sie könne dorthin aber ihre Möbel nicht gut mitnehmen und sei deshalb gezwungen, sie billig zu verkaufen. Außerdem habe sie im Keller noch einen großen Vorrat Kartoffeln. Weil die Preise hierfür zurzeit sehr hoch sind, die Frau sie aber sehr billig abgeben wolle, so erkläre sich die Letzte gern bereit, ihr den Vorrat abzulassen. Die Schwindlerin, die sich für eine Frau Gerde ausgibt und in der Bergstraße wohnt, erbittet dann eine Anzahlung von 10 oder 20 M. Die Gaunerin ist ungefähr 28 Jahre alt, unterteilt und trägt einen schwarzen Trauerhut, ein schwarzes Kleid, schwarze Ohrringe in Herzform und einen grauen oder braunen Klist mit Trauerflor.

Eine zweite städtische Kinderlesehalle soll Montag, den 9. November, in dem Schulhause Kleine Frankfurter Str. 6 eröffnet werden. Sie wird an jedem Wochentage von 3—6 Uhr nachmittags Schulkindern vom 6. bis zum 14. Jahre unentgeltlich zugänglich sein. Die Räume sind von der Hochbauverwaltung zweckentsprechend eingerichtet worden. Ein vier kleine Druckbogen umfassendes entsprechend angelegtes Verzeichnis enthält die ausliegende Sammlung von Büchern, die jeder Altersstufe angepaßt sind: Bilderbücher für die Allerjüngsten, Erzählungen, Sagen, Märchen- und Volksbücher und eine reiche Auswahl belehrender Bücher für die Älteren. Vom 1. Januar 1915 ab soll auch mit der Verteilung von Jugendbüchern ins Haus begonnen werden. Der ungewöhnlich rege Besuch der ersten Kinderlesehalle läßt erwarten, daß auch die neue gemeinnützige Anstalt, deren Einrichtung aus den Mitteln der Professor-Leo- und Albert-Cohn-Stiftung bestritten worden ist, zahlreichen Zuspruch finden und viel Nutzen schaffen wird.

Uebersahren und getötet. Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich vorgestern abend zwischen 6 und 6 Uhr auf dem Rosenthaler Platz. Dort rutschte die 68jährige Frau Herzog geb. Braun auf dem schlüpfrigen Pflaster aus und kam zwischen den Straßenbahnlinien zu Fall. In demselben Moment kam ein Wagen der Linie 68 daher; dem Führer war es nicht möglich, rechtzeitig zu bremsen und so wurde die Bedauernswerte überfahren. Sie erlitt so schwere Verletzungen am Kopf und der Brust, daß sie bereits auf dem Transport nach dem Hedwigskrankenhaus verstarb.

Zu einem Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen.

Am Mittwochabend an der Ecke der Leipziger und Markgrafenstraße. Dort fuhr ein Triebwagen der Linie 6 in der Kreuzung gegen die rechte Seitenwand eines Rotorwaggons der städtischen Straßenbahn Behrenstraße—Stettiner Bahnhof, wobei der anführende Wagen aus den Schienen gehoben wurde. Infolge des Anpralls trugen ein Herr und ein Fräulein leichte Verletzungen davon. Die durch den Unfall hervorgerufene Störung dauerte sieben Minuten, während welcher die in Betracht kommenden Straßenbahnwagen durch die Jerusalem-, Zimmer- und Prinz-Albrecht-Straße abgelenkt wurden.

Ein eigenartiger Unglücksfall hat sich gestern nachmittag in der Holzgierstr. 44 ereignet. Die Pförtnerfrau Thiele, deren Mann im Felde steht und die Mutter zweier Söhnen von $\frac{1}{2}$ und $\frac{2}{3}$ Jahren ist, ließ, als sie um die Mittagstunde auf der Treppe zu tun hatte, die Kleinen in der im Erdgeschoß des Seitenflügels gelegenen Wohnung allein zurück. Den älteren Sohn setzte sie angekleidet auf den Puffboden, während der jüngere Walter im Bettchen blieb. Die Frau hatte dem Rinde, um es vor Erkältung zu schützen, einen weißen Schal zweimal um den Hals gewickelt. Der Kleine spielte während ihrer Abwesenheit in dem eisernen Bettchen und blieb hierbei mit dem Schal in dem Eisengestänge hängen. Bei ihrer Rückkehr fand die Mutter das Kind tot auf. Die Schlinge hatte sich so fest zusammengeklammert, daß es ersticht war. Ein Arzt konnte nur noch den Tod des Kleinen feststellen.

Vollkunsftabende des Verbandes der freien Volkshäuser finden in den nächsten Tagen in folgenden Vororten statt: Sonnabend, den 7. November, in Charlottenburg, Dannebergmannstraße 26/28, Königin-Luise-Schule, und in Riedersdönhäusern, Kaiser-Wilhelm-Straße 69, Lyzeum. Sonntag, den 8. November, in Weißensee, Boelckepromenade, im Realgymnasium, und in Steglitz, Rothenburgstraße 18, Lyzeum; am 12. November in Köpenick, Friedrichstraße 6, im Stadttheater. Eintrittskarten zum Preise von 10 Pf. sind überall in den auf Plakaten angegebenen Vorverkaufsstellen und an der Abendkasse zu haben. Anfang überall abends 8 Uhr.

Zugen gesucht für den Unfall Frankfurter Straße Ecke Fruchtstraße am 15. Oktober, abends 6 Uhr, bei welchem ein 34-jähriger Mann von einem Auto überfahren wurde. Angaben erbeten Deindorf, Kochhannstr. 33.

Gewerkschaftliches.

Eine Arbeitsgemeinschaft in der Holzindustrie.

Schon in den ersten Kriegswochen ist zwischen dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband ein Abkommen getroffen worden, welches die Sicherung der Tarifverträge während der Kriegszeit zum Zweck hat. Daneben wurde den örtlichen Vertragsparteien empfohlen, gemeinsame Schritte zur Behebung des Gewerbes zu unternehmen und eine weitgehende Verfürzung der Arbeitszeit anzustreben, um möglichst viele Unternehmer und Arbeiter an der vorhandenen Arbeitsgelegenheit zu beteiligen. Dieses Abkommen, dem andere mit den übrigen Unter-

nehmerorganisationen folgten, die Vertragspartner des Deutschen Holzarbeiterverbandes sind, hat bei den beteiligten Kreisen im allgemeinen eine günstige Aufnahme gefunden, und man geht wohl nicht fehl, wenn man den allerdings noch recht langsamem Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie zu einem guten Teil als Wirkung dieser Vereinbarung ansieht.

Dieser Erfolg brachte die beteiligten Organisationen auf den Gedanken, den Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern eine breitere Grundlage zu geben. Während der Deutsche Holzarbeiterverband sich auf alle Zweige der Holzindustrie erstreckt, ist der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe in der Hauptsache eine Organisation der Unternehmer im Tischlergewerbe, neben ihm bestehen aber noch mehrere andere Verbände von Unternehmern des Tischlergewerbes. Für andere Zweige der Holzindustrie bestehen eine Anzahl besonderer Unternehmerorganisationen, die sich zum Teil als Konkurrenten gegenüberstehen. Trotzdem wurde zwischen dem Deutschen Holzarbeiterverband und dem Arbeitgeberschutzverband vereinbart, einen Versuch zu unternehmen, alle bestehenden Unternehmerverbände in der Holzindustrie mit den zuständigen Arbeiterorganisationen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuführen, um gemeinsam an der Abwehr der Kriegsschäden zu arbeiten.

Hierbei sprach insbesondere auch die Ermüdung mit, daß die Kriegswirkungen sich auf die verschiedenen Zweige der Holzindustrie recht ungleichmäßig verteilen. So liegt z. B. die Klavierindustrie völlig daniieder. Die Tischlerei leidet im größten Teile des Reiches schwere Not, doch gibt es Gebiete, in welchen sie verhältnismäßig gut beschäftigt ist. Auf der anderen Seite ist die Korbmacherei mit der Anfertigung von Geschloßkörben sehr reichlich beschäftigt, das gleiche gilt für den Bau von Flug- und Fahrzeugen der verschiedensten Art, so daß auch Stellmacher sehr gesucht sind. Dem Plan der Arbeitsgemeinschaft in der Holzindustrie lag somit auch der Gedanke zugrunde, eine Verteilung der Arbeitskräfte in der Weise anzustreben, daß arbeitslose Tischler usw. nach Möglichkeit in den Betrieben der Stellmacherei und Korbmacherei untergebracht werden.

Die vom Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes erlassene Einladung an die Unternehmerverbände zu einer Sitzung mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen, die am 3. November in der Handwerkskammer stattfand, hatte ein überraschend günstiges Ergebnis. An der Sitzung, die unter der Leitung des Herrn K a h a r d i stand, nahmen neben Vertretern des Deutschen Holzarbeiterverbandes und des christlichen und sächsisch-dänischen Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter die Beauftragten einer größeren Zahl von Unternehmerorganisationen teil, darunter auch solche, die, wie die durch den Generalsekretär R a s s e vertretenen, bisher jedes Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften grundsätzlich ablehnten.

Die Berichte über die Lage in den einzelnen Zweigen der Holzindustrie brachte in der Hauptsache die Bestätigung bekannter Tatsachen. Nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Unternehmer mancher Berufszweige, insbesondere in der Pianofortindustrie besteht die Notwendigkeit, umzusatteln. Von verschiedenen Seiten wurde darüber geklagt, daß besonders in der ersten Zeit nach der Mobilmachung die Militärbehörden ihren Bedarf an Arbeitern nicht genügend bekanntgemacht haben. Dadurch wurde findigen Agenten die Möglichkeit geboten, Aufträge zu erhalten und sich einen unberechtigten Gewinn dadurch zu verschaffen, daß sie die Ausführung zu stark reduzierten Preisen den Produzenten übergaben. In dieser Beziehung ist jetzt eine Besserung eingetreten, aber es kommt noch vor, daß große Aufträge für Holzarbeiten an Personen gegeben werden, die der Holzindustrie völlig fernstehen. Auch über die Verhältnismäßigkeit vieler Zivilbehörden und über den Submissionsunfug wurden Klagen laut. Andererseits konnten aber auch Beispiele mitgeteilt werden, die zeigen, daß die Aufklärung, die den Behörden von den Vertretern bestehender Arbeitsgemeinschaften in mündlicher Aussprache erteilt wurden, oft dankbar anerkannt und zum Vorteil des Gewerbes benutzt wurde.

Die Teilnehmer der Konferenz erklärten sich ausnahmslos mit den Absichten, von denen sich die Einberufer leiten ließen, einverstanden. Es wurde vereinbart, eine aus Mitgliedern der verschiedenen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen gebildete Kommission einzusetzen, die im Interesse einer intensiven Belegung des Gewerbes tätig sein und insbesondere auch einen lebhaften Verkehr mit den Behörden pflegen soll. Ihre Aufgabe soll es sein, Arbeitsgelegenheiten ausfindig zu machen und die Behörden darauf hinzuweisen. Zwischenstellen zwischen Auftraggeber und Produzenten, die den Gewinn von der Arbeit abschöpfen, sollen ausgeschaltet und dafür gejogt werden, daß auch die einzelnen Unternehmer ihren Arbeitern angemessene Arbeitsbedingungen gewähren. In ähnlicher Weise wie die Zentralvorstände sollen auch die örtlichen Organisationen der Verbände zusammenarbeiten. Wenn diese Absicht in verständiger Weise durchgeführt wird, dann darf erwartet werden, daß auf diese Weise der Notstand in der Holzindustrie wesentlich gemildert wird.

Berlin und Umgegend.

Die Kohrleger und Helfer hielten am Sonntag eine Branchenversammlung ab. Nach einem Vortrage Cohens über: Die Wirkungen des Krieges auf die Lage der Arbeiter, teilte Ziese mit, daß der Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband (früher Wiesenthal) an den Arbeitgeberverband geschrieben hat, er wolle den im Gewerbe geltenden Tarif jetzt anerkennen. Durch diese Anerkennung des Tarifes ist für die Mitglieder dieses Verbandes die Sperre des Nacharbeitsnachweises aufgehoben.

Aus der Vollstufung der Schlichtungskommission berichtet Ziese, daß einzelne Gemeinden Groß-Berlins an die Arbeitgeber die Bedingung stellen, daß auf den städtischen bezw. auf den der Gemeinde gehörenden Bauten nur Leute arbeiten dürfen, die in dem Orte wohnen und durch den im Ort befindlichen Arbeitsnachweis eingestellt sind. Um die Vermittlung im Gewerbe durch den Nacharbeitsnachweis aufrechtzuerhalten, ist hierzu an alle Gemeinden Groß-Berlins geschrieben worden. Nur die Stadt Neuföhren hat sich mit dem Vorschlag einverstanden erklärt. Die kleinen Gemeinden besitzen keine Nachweise, die größeren Gemeinden verhalten sich ablehnend und die Stadt Berlin hat überhaupt nicht geantwortet. Die Vollstufung der Schlichtungskommission hat nun beschlossen, hierzu eine Eingabe an den Zweigverband Groß-Berlin zu richten, um dessen Stellungnahme zu dieser Angelegenheit zu erfahren.

Die Branchenmitglieder wurden dann noch ersucht, die Adressen der beim Ausbruch des Krieges im feindlichen Ausland auf Montage gewesenen Mitglieder, welche nicht zurückgekommen sind, der Verwaltung mitzuteilen.

Paritätischer Arbeitsnachweis für das Beton- und Deckenbaugewerbe.

Die Unternehmer im Baugewerbe haben sich bisher allen auf Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises hinzielenden Versuchen gegenüber ablehnend verhalten. Nach und nach scheint jedoch auch hier eine Wandlung einzutreten. Die Stukkateure sind bis jetzt die einzige Branche des Baugewerbes, die einen paritätischen Arbeitsnachweis hat. In allen anderen Zweigen des Baugewerbes herrscht in der Hauptsache noch die alte Methode: Der Auftragsgeber geht von Bau zu Bau, wo der Polier allein über Einstellung und Entlassung der Arbeitskräfte zu bestimmen hat. Eine Regelung der Arbeitsvermittlung liegt im Interesse sowohl der Arbeiter wie der Unternehmer. Das hat jetzt auch die Unternehmerorganisation im Beton-, Eisenbeton- und Deckenbaugewerbe erkannt. Der Vorstand der Unternehmerorganisation hat durch Vermittlung der Leitung des Zentralvereins für den Arbeitsnachweis mit dem Bauarbeiterverband Verhandlungen wegen Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für die Beton-, Eisenbeton- und Deckenbranche angeknüpft. Die Vertreter des Bauarbeiterverbandes haben sich mit der Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises einverstanden erklärt, es ist dann auch ein Entwurf der Satzungen und der Geschäftsordnung beraten worden.

Eine am Mittwoch abgehaltene Versammlung der dem Bauarbeiterverbande angehörenden Beton- und Deckenarbeiter erklärte sich grundsätzlich einverstanden mit der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises und beauftragte ihre Vertreter, die weiteren Beratungen mit den Unternehmern fortzusetzen.

Die Verhältnisse in der Lederwarenbranche.

In der Reise- und Lederwarenbranche hat der Krieg auch merkwürdige Wirkungen und Wandlungen gezeigt. Bei Ausbruch des Krieges hatten sämtliche Lederwarenbetriebe in der ersten Bestürzung die Produktion eingestellt. Die Verbandsleitung war, wie Schulze vom Sattler- und Portefeuilerverband in einer zum Mittwoch einberufenen Vertrauensmännerversammlung ausführte, sich bald darüber klar, daß dieser Zustand nicht von Dauer sein konnte. Tatsächlich wurde denn auch die Arbeit sehr bald wieder aufgenommen, insbesondere wandten sich viele dieser Betriebe der Militärrüstung zu. Die Aussprache ergab, daß diese Betriebe preisdrückend nicht auf die alten Militärvorkriegspreise gewirkt haben. In einzelnen Lederwarenfabriken, die noch Lederwaren herstellen, sind Lohnreduktionen vorgenommen worden; hier wird die Organisation eingreifen. Lediglich bei den Hilfsarbeitern läßt die Entlohnung zu wünschen übrig. Schulze betonte, daß die Mitglieder den branchenfremden Mitarbeitern durchaus kollegial gegenüberstehen sollten. Zum Hebertritt in den Sattler- und Portefeuilerverband sollten dieselben jedoch nicht bewegen werden, da dieselben nach dieser Hochkonjunktur ja doch wieder in ihren alten Beruf zurückgehen. Dagegen könnten jene, die überhaupt nicht organisiert seien, dem Verbande zugeführt werden.

Rebakteur Weinschild zeigte noch zum Schluß, daß die Lederwarenfabrikation zurzeit aus Berlin fast ganz verschwunden ist. Die Fabrikanten waren nicht auf dem Posten, als der Krieg ausbrach, und erst nachträglich konnte für sie noch von der Militärrüstung etwas gerettet werden. Des Weiteren gab er Fingerzeige, wie gearbeitet werden müsse, um nach dem Aufhören dieser Arbeit eine Katastrophe zu verhindern.

Soziales.

Krankenkassen und Krieg.

Der Verein der sozialdemokratischen Ärzte hat in einer Versammlung vom 4. November 1914 im Gewerkschaftshaus nach einem Referat über: „Der Krieg und die Krankenkassen“ folgende Resolution gefaßt (deren Begründung in einer der nächsten Nummern der „Neuen Zeit“ erfolgen soll):

„Der Verein der sozialdemokratischen Ärzte stellt mit Bedauern fest, daß durch das Notgesetz vom 4. August 1914 eine erhebliche Verschlechterung in der Krankenversorgung eingetreten ist. Insbesondere hebt er folgende drei Punkte hervor, die dringend der Verbesserung bedürfen:

1. Erhöhung der Leistungen für Mutterschutz auf den vor dem 4. August bestehenden Umfang (Schwangerenunterstützung, Aufnahme von Wöchnerinnen in Entbindungsheime, Hebammengeld, ärztliche Behandlung).
2. Regelung der Krankenfürsorge für die Heimarbeiter, die sonst dem Armenetat zur Last fallen.
3. Heimstättenbehandlung, namentlich schwerkranker Tuberkulöser.

Der Verein der sozialdemokratischen Ärzte bittet die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, in diesem Sinne eine Änderung des Notgesetzes zu veranlassen.

Die Bestrebungen der Kassenverwaltungen, auf anderen Gebieten (Arzneimittel, kostspielige Bäder, teure Rührpräparate) zu sparen, kann der Verein der sozialdemokratischen Ärzte nur billigen.

Der Schuyverband für deutschen Grundbesitz und die Gemeinden.

Eine neue Belastung droht den durch den Krieg bereits finanziell stark belasteten Gemeinden von Seiten des Schuyverbandes für deutschen Grundbesitz. Unzufrieden mit dem zum Schutze der Mieter getroffenen Maßnahmen des Reichstags und des Bundesrats sucht der Schuyverband jetzt auf dem Wege über die einzelstaatliche Gesetzgebung die Haus- und Grundbesitzer für die ihnen erwachsenden Mietaufschläge zu entschädigen. In einer Eingabe an den preussischen Minister des Innern protestiert er dagegen, daß der Hausbesitz „alle die Folgen auf seine Schultern nimmt, welche einmal die durch den Krieg herbeigeführte Notlage einer großen Anzahl von Familien und ein anderes Mal die zum Schutze dieser Familien getroffenen allgemeinen Maßnahmen herbeiführen“. Das ist natürlich eine arge Übertreibung, der Schuyverband für deutschen Grundbesitz weiß sehr wohl, daß die Hausbesitzer Mittel und Wege genug haben, zu ihrem Gelde zu kommen, und wenn ihnen wirklich einige Ausfälle erwachsen, was wir nicht bestreiten wollen, so mögen sie sich damit trösten, daß es anderen Geschäftleuten auch nicht besser geht. Der Krieg verlangt Opfer von einem jeden, und da der Hausbesitz namentlich in Großstädten und Industriezentren nun einmal zu einem Geschäft geworden ist, so ist es ganz selbstverständlich, daß die Hausbesitzer das geschäftliche Risiko tragen müssen.

Was die Vorschläge des Schuyverbandes selbst betrifft, so gipfeln sie darin, daß Gemeinde, Grundbesitz, Staatskredit und Staat sich in das Risiko teilen sollen. Um diejenigen Kreise, welche tatsächlich nicht in der Lage sind, ihren Mietverpflichtungen ganz oder teilweise gerecht zu werden, von denjenigen zu scheiden, welche aus den Schuymaßnahmen für die Bedürftigen in unberechtigter Weise Vorteil ziehen, wird von Gesetzes wegen die Errichtung von Mietminderungskämtern in sämtlichen preussischen Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern vorgeschlagen. Bevor die Gerichte Stellung erteilen, sollen sie diese Einigungskämtern hören. Mit anderen Worten: Die Richter sollen sich nicht an das Gesetz, sondern an das Gutachten einer

Zwischeninstanz halten, durch ein besonderes Landesgesetz will man ein zum Schutze der Bedürftigen erlassenes Reichsgesetz umgehen. Weiter verlangt der Schuyverband dann, daß da, wo nach Ansicht des Mietminderungskamts Bedürftigkeit vorliegt, die Kommunen von Gesetzes wegen zur Zahlung einer Mietunterstützung verpflichtet werden. Hiergegen ist an sich nichts einzuwenden, wohl aber bedregnet der Vorschlag, soweit er sich auf die Aufbringung der erforderlichen Mittel bezieht, unsern lebhaften Bedenken. Den Gemeinden soll nämlich das Recht eingeräumt werden, vom gesamten Grundbesitz eine einmalige Kriegsteuer von 1 vom Tausend und von sämtlichen Hypothekengläubigern, die auf dem im Weichbild der Gemeinde belegenen Grundbesitz Hypotheken eingetragen haben, eine einmalige Kriegsteuer von 1/2 vom Tausend zu erheben. Einen weiteren Beitrag in Höhe von 1 bis 1 1/2 vom Tausend des Grundstückswertes soll die Gemeinde selbst zur Verfügung stellen, und einen Zuschuß von 1 vom Tausend soll der Staat leisten. Das Opfer der Hausbesitzer soll darin bestehen, daß sie bei Wohnungen im Mietwert bis zu 500 M. auf höchstens 25 Proz. der Mietsrente verzichten leisten, wofür ihnen die Gemeinde die anderen 75 Proz. garantiert!

Ausgroß ist dies Opfer nicht. Auch für den Staat bedeutet der Zuschuß nicht viel, es würde sich für ganz Preußen nur um eine einmalige Unterstützung von vierzig Millionen Mark handeln. Um so schmerzlicher aber ist die Belastung für die Gemeinden, die denn auch den Vorschlägen des Schuyverbandes heftigen Widerstand entgegenbringen. Berlin rechnet z. B. mit einer Belastung von einer halben Milliarde. Mag sein, daß die Summe etwas zu hoch gegriffen ist, jedenfalls steht fest, daß den Gemeinden daraus ganz ungeheure Ausgaben erwachsen, zu deren Dedung kein anderer Weg als höhere Steuerzuschläge übrig bleibt, so daß in letzter Linie die Gesamtheit den den Grundbesitz erwachsenden Ausfall zu tragen hätte.

Das ist ein Hauptbedenken, das dem Vorschlage des Schuyverbandes für deutschen Grundbesitz entgegensteht. Man kann den Gemeinden nicht noch größere Opfer zumuten, sondern muß fordern, daß Reich und Staaten die Unterstützungen für die Familien der Kriegsteilnehmer ausreichend bemessen und sich nicht auf die Gewährung des zum eigentlichen Lebensunterhalt erforderlichen Betrages beschränken, sondern auch Wohngelegenheit schaffen. Solange sie das nicht tun, sollten sie zum mindesten den Gemeinden entsprechende Beihilfen geben. Das ist eine soziale Pflicht, der sie sich auf die Dauer nicht entziehen können. Erforderlich ist ein Einkreiten des Reichs auch nach nicht finanzieller Richtung hin. Das Zurückbehaltungsrecht des Vermieters müßte beseitigt, der Kreis der unpfändbaren Gegenstände erweitert und die antizipatorischen Mietverträge aufgelassen werden, soweit sie den dem Mieter günstigeren Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches widersprechen. Endlich darf die vom Reich einzuleitende Hilfsaktion nicht allein den Familien der Kriegsteilnehmer zugute kommen, sondern müßte auch den Kreis der durch den Krieg in wirtschaftliche Not geratenen Arbeitslosen, Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden umfassen.

Gerichtszeitung.

Feldpostdieberei.

„Wer Feldpostsendungen beraubt, ist ein so erbärmlicher Wicht, daß selbst ein gemeiner Verbrecher von ihm in seinem verächtlichen Handeln übertroffen wird. Wer solche Verurteilungen vornimmt, versündigt sich nicht nur an einzelnen Personen, sondern am ganzen Volke, und man sollte es kaum für möglich halten, daß so etwas überhaupt vorkommen kann. Aus schamhaften, geizigen Beweggründen den Brüdern im Felde, die für uns kämpfen und bluten, das bisherige wegnehmen, was ihnen liebende Hände an Erfrischungen und Aufmunterungen zugeordnet haben, ist unglaublich gemein und empörend!“

Mit diesen Worten begründete gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III der Staatsanwalt seinen auf 3 Jahre Gefängnis lautenden Strafantrag gegen den Bureaugehilfen Hans Riese.

Der noch jugendliche Angeklagte war als Bureaugehilfe bei den Siemens-Schuckert-Werken angestellt. Er hatte sich noch einen Nebenverdienst verschafft, indem er für die Abendstunden als Postausbesser in der Charlottenburger Postanstalt in der Goethestraße beschäftigt wurde. Er war dort seit Januar d. J. tätig. Wie sich später herausgestellt hat, hat er Monat für Monat Gelegenheit gesucht und gefunden, Briefe zu unterschlagen und ihres Inhalts zu berauben. Anfangs September machte er sich dadurch verdächtig, daß er sich in unzulässiger Weise mit Feldpostsendungen zu schaffen machte. Er wurde beobachtet und schließlich dabei abgefaßt, als er sich den aus Zigaretten und Schokolade bestehenden Inhalt einer solchen Sendung aneignete. Eine bei ihm abgehaltene Hausdurchsuchung ließ keinen Zweifel darüber, daß der Angeklagte seine seit Januar ausgeführten Unterschlagungen von Briefen seit Ende August in schamloser Weise auch auf Feldpostsendungen ausgedehnt hat, auf die die im Felde stehenden Adressaten so sehr zu schätzen, und nun so oft vergeblich, warteten. Der Umfang der begangenen Veruntreuungen läßt sich nicht feststellen: Der Angeklagte, der keineswegs in Not war, gab die Zahl der seit Januar begangenen Straftaten auf etwa 60 an. — Das Gericht erzwang einerseits, daß der Angeklagte bisher völlig unbescholten war, andererseits aber als erschwerend, daß es sich zum Teil um Postsendungen handelte, die unseren tapferen Brüdern im Felde zugeordnet waren. Die Strafe wurde auf 1 Jahr Gefängnis bemessen und hiervon 1 Monat auf die Untersuchungsfrist angerechnet.

Aus Industrie und Handel.

Preisauflage für Beleuchtungskörper.

Eine gestern abend in Berlin abgehaltene gemeinschaftliche Versammlung der Vereinigung der Beleuchtungskörperfabrikanten Deutschlands sowie des Verbandes der Berliner Beleuchtungskörperfabrikanten beschloß, auf die bisherigen Katalogpreise einen Aufschlag von 15 Prozent zu erheben. Der Aufschlag soll sofort in Kraft treten, nachdem die Preise für alle Metalle während der letzten Monate eine wesentliche Steigerung erfahren haben.

Kleine Nachrichten.

Mit Dampf.

Von befreundeter Seite wird uns folgender Feldpostbrief zur Verfügung gestellt:

Liebe Frau R. . . . und S. . . . !

Gestern abend bin ich in den Besitz des Tabaks gelangt. Wer's Gnebbchen, das war gute Post. Außer dem Paket von Ihnen kamen noch drei Pakete von meiner Mama, es war also ein großer Tag. Sage Ihnen heißen Dank eben! Ihrem Manne für den Tabak. Bismarck ist jetzt vollständig abgemeldet, ebenso Meerbluten, wir tragen die Rollen hoch und weisen solche Erfaymittel vollständig zurück. Auch die bis jetzt gesammelten Zigarettenstummel und -pfeifen sowie Zigarettenabfälle finden keine Abnehmer mehr. Wir sammeln sie aber trotzdem und zwar sind wir großmütig. Die armen Franz-

männer sind nämlich — viel sind nicht mehr hier, die meisten sind im Krieg oder nach Deutschland transportiert — ganz ohne Tabak, nun füttern wir sie mit Stummeln usw. Den Französischen geht es nicht viel besser. Vom Zweikindersthem ist nicht viel zu merken. Kinder gibts genug. Sie erhalten oft Brot und Mittag von uns, denn sie bekommen nichts heran und sind oft auf die Gnade von uns „Feinden“ angewiesen. Wir vertragen uns mit ihnen sehr gut, die Kinder freuen sich, wenn sie uns sehen und lernen deutsch. Umgebenst schnappen die Soldaten französische Broden auf und wenn wir den Gruß französisch erwidern: Bon jour, Madams oder Bon soir — dann sind sie sehr stolz. Die Wäsche wird uns von den Frauen gewaschen gegen Bezahlung. Das gegenseitige Einvernehmen ist sehr gut und werden wir in gutem Andenken bleiben. Die Frauen jammern, wo man immer hinkommt, über den Krieg: terriblo lo Malheur — grand Malheur, schrecklich Malheur, großes Malheur. Und wenn einer einen französischen Broden fallen läßt, dann werden sie gepöckelt und erzählten ohne Ende. So ist es mit ihnen des öfteren gegangen, denn ich habe noch etwas französisch von der Fortbildungsschule mit. Auf die Engländer sind sie schlecht zu sprechen, weil diese recht rücksichtslos vorgehen. Ich habe neulich eine alte verwundete Frau des Nachts aus einem Kasernort abgeholt. Da hatten die Engländer Ortseinwohner vor sich hergetrieben in die deutschen Stellungen, so daß diese Leute in das Feuer kamen. Was meinen Sie wohl, wie diese Franzosen auf die Engländer schimpfen. Diese alte Frau von 65 Jahren hatte sich dann in einen Keller betrocknet und 21 Tage allein mit ihrem Bein- und Schulterknochen zugebracht, bis sie von unseren Truppen bei einer Durchsuchung entdeckt wurde und in ärztliche Behandlung kam. Die armen Leute sind sehr zu bedauern und finden unser Mitleid. Welch Glück, daß dieser Krieg sich nicht bei uns abspielt und welche Gefühle müden die französischen Soldaten beherrschen, die ihre Familien so ganz im Ungewissen haben und gequält werden von dem Gedanken: Wie mag es ihnen gehen. Sie erhalten keinen Brief — nichts! Also freuen wir uns des Glückes bei all dem Unglück! Zum Schluß muß ich die betrübende Mitteilung machen, daß ich bis November mit Tabak versorgt bin, meine Pfeife ist immer in Tätigkeit. Zigaretten habe zwar momentan auch, aber wenn Sie im Laufe des November noch einige Dinger in einer Kiste entdecken, na — ich bin ja kein Unmensch. Also schönen Dank und Gruß an Sie und G. . . .
Ihr F. E.

Alkoholverbot und gesteigerte Produktivität der Arbeit.

Das russische Ministerium für Handel und Industrie hat eine Umfrage bei den Fabrikinspektoren begonnen, die feststellen soll, wie das Verbot des Branntweinverkaufs auf die Produktivität der Fabrikarbeiter eingewirkt hat. Auf Grund privater Mitteilungen teilt das Ministerium schon jetzt mit, daß die Schließung der staatlichen Branntweinläden in dieser Beziehung sehr vorteilhaft gewirkt hat. In vielen Betrieben soll die Produktivität der Arbeiter um 30—40 Proz. gestiegen sein. In denselben Maße sollen auch die Löhne der Arbeiter zugenommen haben. — Wenn diese Angaben auch nur als provisorische, keineswegs für alle Betriebe gültige angesehen werden müssen, geht aus ihnen doch die gewaltige erzieherische Wirkung auch des teilweisen Alkoholverbotes hervor. Wie wär's, wenn die deutsche Regierung dem Beispiel der russischen folgte und die Produktion des Branntweins in Deutschland einschränkte? Nicht nur die Arbeiterklasse, auch die gesamte Produktion Deutschlands würde dabei nur gewinnen.

Alkoholverbot für Frauen in London.

London, 5. November. (B. Z. B.) „Daily Mail“ meldet: Es wurde beschlossen, daß ab nächsten Montag Frauen in den Wirtschaften Groß-Londons keine herausnehmenden Getränke vor 11,30 Uhr vormittags ausgedient werden dürfen. Die Londoner Polizeidirektor hatten in letzter Zeit über Zunahme des Trinkens bei Frauen, namentlich bei Soldatenfrauen, geklagt.

Parteiveranstaltungen.

Jugendabteilung 2. Kreis. Sonntag, den 8. November: Besichtigung des Museums für Meereskunde. Treffpunkt 1/2 Uhr vor dem Museum, Georgenstraße.

Wilmersdorf. Heute Freitag, den 6. November, abends 8 1/2 Uhr, findet der erste Vortrag über „Der wissenschaftliche Sozialismus“ im Lokale Restaurant Schilling, Lauenburger Str. 20, statt. Vortragende: Genosse Räte Dunfer.

Jugendveranstaltungen.

Breis. Sonntag: Spaziergang. Treffpunkt: 2 Uhr Gammelnau, Ecke Rungelstraße.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten **Freitag, 8. IV. 1914**, **Pariser**, am Montag bis Freitag von 3 bis 6 Uhr, am **Donnerstag** von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Wunsch und eine Zahl als Artikelnummer beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anträge, denen keine Abonnementsqualifikation beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. **Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

G. N. 100. Wenden Sie sich an die städtische Kochschule, Gubener Straße 53. Private Schulen und Anstalten empfehlen wir prinzipiell nicht. — **C. A. 87 C.** Beide Nummern haben nur organisatorische Bedeutung. — **Zd. 29.** Lassen Sie die Wohnung durch die Polizei auf ihre Gesundheitsgefährdung untersuchen; verlangen Sie vom Bist die Befreiung der gesundheitsgefährdenden Beschaffenheit und klagen Sie auf sofortige Aufhebung des Mietvertrages und auf Schadensersatz. — **G. 100.** Beantragen Sie Mietzuschuß. Die Fragen, die gestellt werden, müssen Sie der Wahrheit gemäß beantworten. — **H. K. 38.** Wegen Herzleiden untauglich. — **G. W. in 29.** Ihre Rechte ist verpflichtet, bis zum 1. Januar 1915 zu bleiben, kann aber den vollen Lohn verlangen und sich schon jetzt an die Polizei und, wenn dort der Führer verweigert, an das Amtsgericht mit einer Klage auf Nachzahlung wenden. Sollte die Detektivität das Wächter vor dem 1. Januar entlassen, so würde Ihre Rechte sich an die Polizei mit dem Antrag zu wenden haben, sie wieder anzunehmen und dann beim Amtsgericht zu klagen haben. — **S. W. 40.** Ja, nur dürfen Sie keine Fragen wahrheitswidrig beantworten. — **B. 100.** Wegen allgemeiner Juristliebeheit untauglich. — **H. Zd. 95.** Wenden Sie sich an den Generalstab mit einer schriftlichen Anfrage. Schwereich wird Ihr Antrag Erfolg haben.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Täglich verbindlich.) Donnerstag, den 5. November. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg. Ochsenfleisch Ia 79—90, da. Ia 74—78, da. IIIa 65—73; Außersfleisch Ia 78—83, da. Ia 68—75; Schaf, fett 60—65, da. mager 55—60, Preiser 65—72, da. holl. 45—50, da. dän. 40—48, Küllen, holl. 60—70, Rindfleisch: Doppelfleisch 110—120; Rindfleisch Ia 85—97, da. Ia 78—85, Hammelfleisch: Rindfleisch 78—84; Hammel Ia 72—77, da. Ia 67—72; Schaf 67—72; Schweinefleisch: Schweine Ia fett 74—78, Ia 64—73; Sauen, dänische 45—53. — **Gewürze**, inländische: Pfeffer, Daberische 50 kg 3,75—4,00; weiße Pfefferkörner 3,25—3,75; Magnum bonum 3,50—3,75; Holtmann 3,25—3,50; Porree, Schod 0,70—1,00; Sellerie, Schod 3,50—6,00; Spinat 50 kg 7,00—12,00; Röhrlin 2,00—2,50; Kohlrabi Schod 0,70—1,10; Biringohl Schod 4,00—10,00; Biringohl 50 kg 3,50—4,00; Fenchel Schod 3,00—8,00; Beifohl 50 kg 2,00—2,50; Rottfahl, Schod 4,00—10,00; Rottfahl 50 kg 4,00 bis 10,00; Grünfahl 50 kg 3,00—4,00; Rottfahl 50 kg 3,00—5,00; Zeltamer Rüben 50 kg 12,00—16,00, Württembergische Rüben 50 kg 4,00—10,00; Blumenfahl, Gerurter, 100 St. 15,00—22,00, Rosenfahl 50 kg 22,00—30,00, Meerrettich Schod 5,00—12,00, Peterfahnenmurgel Schodfahnen 1,00—3,00; Rabbekken Schodfahnen 0,70—1,00; Salat Schod 2,00—4,00; Zwiebeln 50 kg 7,50—9,00; Tomaten 50 kg 7,00—10,00; Westfalinge 50 kg 20,00; Steinpilze 50 kg 25,00—60,00; Gurkinlinge 50 kg 4,00—6,00; Champignons 50 kg 00,00—00,00; Kürbis 50 kg 2,00—3,50.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag: Ein wenig kühler. Im Nordwesten gelinde kälter, aber veränderlich, in den übrigen Gegenden noch meist trübe, neblig und vielwol, besonders im Südwesten, etwas Regen.



A. WERTHEIM



Leipziger Straße

Königstraße

Versand-Abteilung Leipziger Straße 151-157

Rosenthaler Straße

Moritzplatz

Soweit Vorrat!

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat!

Frisches Fleisch

- Roastbeef mit Knochen, Pfd. 1 M.
- Roastbeef ohne Knochen, Pfd. 1.40
- Rinderkamm u. Brust Pfd. 85 Pf.
- Kalbskeule im Ganzen, Pfd. 90 Pf.
- Kalbskeule geteilt, Pfd. 1 M.
- Kalbskamm u. Brust Pfd. 85 Pf.
- Schweinekamm Pfund 85 Pf.
- Koteletts Pfund 90 Pf. bis 1 M.
- Pökellungen Pfund 1 M.
- Hirsch u. Wildschwein Keule Pfd. 1 M. Rücken Pfd. 90 Pf. Blatt 70 Pf. Kochfleisch 50 Pf.

Kaninchen
gestreift . . . Stück von 90 Pf. an

Hasen
zu den billigsten Tagespreisen

- Asparagus, Sprengerie u. Plumosus Topf 55 Pf.
- Pteris sehr dauerhafte Farrnart . . . Topf 40 Pf.
- Moostöpfe Stück 20 Pf. und 25 Pf.
- Erika volle Pflanzen Topf 55 Pf. und 75 Pf.

Obst und Gemüse

- Märk. Rübchen Pfd. 6 Pf.
- Radieschen 5 Bund 10 Pf.
- Kohlrabi Mandel 18 Pf.
- Salat 4 Kopf 10 Pf.
- Sellerie Knolle 5 u. 8 Pf.
- Grünkohl Pfund 5 Pf.
- Rote Rüben 3 Pfd. 10 Pf.
- Rosenkohl Pfund 23 Pf.
- Schwarzwurzeln 1 Pfd. 25 Pf.
- Maronen 2 Pfund 35 Pf.
- Rote Eßäpfel Pfund 18 Pf.
- Boskop-Äpfel Pfd. 16 Pf.
- Reinetten Cassel., 2 Pfd. 35 Pf.
- Zwiebeln Oporter, Pfd. 15 Pf.

Wurst

- Rollschinken ca. 6-8 Pfd., Pfd. 1.55
- Teewurst Pfund 1.30
- Bauernmettwurst Pfund 1.40
- Mettwurst n. Braunschweig Art. Pfd. 1.15
- Pastetenleberwurst Pfund 1.20
- Landleberwurst Pfund 1 M.
- Zwiebelwurst Pfund 55 Pf.
- Jagdwurst Pfund 1.10
- Rotwurst Pfund 65 Pf. 85 Pf.
- Pökelfleisch gekocht, in Stücken von 1 1/2 Pfund an, Pfd. 1.25

Käse

- Echter Emmentaler Pfund 1.10
- Schweizer Käse Pfund 90 Pf.
- Brie, vollfett Pfund 80 Pf.
- Camembert 2 Stück 45 Pf.
- Tilsiter Käse Pfund 60, 85 Pf.
- Edamer Käse Pfund 90 Pf.
- Romatour Stück 25, 35 Pf.
- Neues Pflaumenmus Pfd. 33 Pf.
- Versch. Frucht-Confit. Pfd. 28, 45, 50, 60 Pf.
- Tischbutt. Pfd. 1.38 1.45 1/2 P. 69, 73 Pf.

Geflügel

- Gänse Pfund 85 u. 90 Pf.
- Enten Stück 2.25 bis 3.60
- Junge Hühner Stck 90 Pf. bis 2.20
- Suppenhühner Stck. 1.55 bis 3 M.
- Fasanen Stück 1.50 bis 2.60
- Schneehühner Stück 90 Pf.
- Gänse-Rümpfe Pfund 1.25
- Gänse-Brüste Pfund 1.40
- Gänse-Stückenfleisch Pfd. 80 Pf.
- Klein, -Keulen, -Leber, -Liesen

Fische

- Kabeljau ohne Kopf in ganzen Fischen Pfund 45 Pf.
- Schellfisch in ganz. Fischen Pfd. 55 Pf.
- Bratschollen Pfund 35 Pf.
- FrISCHE HaFFzander Pfd. 70 Pf.
- Tafellachs in ganz. Fischen Pfd. 50 Pf.
- FrISCHE Hechte Pfd. 60 Pf.
- Karpfen lebende Lausitzer, Pfund 85 90 Pf.
- Lebende Hechte Pfund 95 Pf.
- Portions-Schleie leb. 95 Pf. u. 1.15
- Lebende Bleie Pfund 45 Pf.
- Lebende Karauschen Pfd. 65 Pf.
- FrISCHE Seemuscheln 100 Stck. 60 Pf.
- Weichseliachs 100 Stck. 1.40

Fleischkonserven

- Fricandellen 1/2 Dose 1.25
- Königsberger Klops 1/2 Dose 1.25
- Schneehühner Dose, Inhalt 1 St. 1.25
- Mocurtlesuppe dick 85 50 Pf.
- Rinderschwanzsuppe dick 85 50 Pf.
- Rinderschwanzsuppe klar 85 50 Pf.
- Nierensuppe dick 85 50 Pf.
- Norweg. Sprotten in Öl, Dose 25 Pf.
- Leberwurst in Dosen 35 u. 60 Pf.

- Ahlbeck-Flundern Pfd. 60 Pf.
- Kieler Flundern Pfd 35 Pf.
- Ger. Aal Pfd. 1.15 1.40 Bd. 40 Pf.
- Kieler Bücklinge 3 St. 25 Pf.
- Isl. Kräuterhering 2 St. 35 Pf.

Pflanzen-Verkauf

- Balkontannen ungetopft Stück 20 Pf. und 30 Pf.
- Balkontannen getopft Stück 25 Pf. und 35 Pf.
- Großer Verkauf von Palmen verschied. Arten zu besonders billigen Preisen

Theater für Freitag, 6. Novbr.:

Berliner Theater

8 Uhr: Extrablätter!

Deutsches Künstler-Th.

8 Uhr: Glaube und Heimat.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.

8 Uhr: Der Troubadour.

Geb. Herrfeld-Theater

8 Uhr: So leben wir!

Kleines Theater

8 Uhr: D. Fest d. Handwerker. Vorh. Familie Rüstig oder der hundertjährige Greis.

Kombödienhaus

8 Uhr: Das Heiratsnest.

Lessing-Theater

8 Uhr: 2 x 2 = 5.

Lustspielhaus

8 1/2 Uhr: Der Wolkenreiter.

Residenz-Theater

8 Uhr: Krümel vor Paris.

Rose-Theater

8 Uhr: Die Waffen her!

Schiller-Theater O.

8 Uhr: Die Hermannschlacht.

Schiller-Th. Charlottenbg.

8 Uhr: Die glückl. Hand.

Thalia-Theater

8 Uhr: Kam'rad Männe.

Theater am Nollendorfpf.

8 Uhr: Immer feste druff!

Sonnt. nachm. 8 1/2 Uhr: Immer feste druff!

Theater a. d. Weidendammerbrücke.

8 1/2 Uhr: Anfang gut - alles gut!

Theater in d. Königgrätzer Straße.

Vorans.: Morgen um 1. Male: 7 1/2 Uhr: Rausch.

Volkshöhne (Montis Operntent.)

8 1/2 Uhr: Wenn der junge Wein blüht

Walhalla-Theater

8 1/2 Uhr: Berlin im Felde.

URANIA Taubenstr. 48/49.

Freitag 4 Uhr: Die Wechsel und die masurischen Seen. (Halbe Preise.) Abends 8 Uhr: Auf den Schlachtfeldern Ostpreußens.

Reichshallen-Theater. Stettiner Säng. Neues Programm! Anfang 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr. Mitglieder und deren Angehörige haben freien Eintritt zu den Stett. Sängern

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.

Täglich 8 1/2 Uhr: Unsere Feldgrauen!

Der größte Erfolg dieser Saison. Sonnt. nachm. Der Pfarrer v. Kirchfeld.

Volgt-Theater.

Badstr. 58. Badstr. 58. Freitag, den 6. November 1914:

Krieg im Frieden

Quintette in 5 Akten von Weber. Halleneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Theater-Folies-Caprice

8 1/2 Posen-Theater 8 1/2 Täglich:

Blinkfeuer. Landwehrleute. Fest steht und tren . . .

Leonhard Haspel, Warlin Sellner a. B.

WINTERGARTEN

12 hervorragende Kunstkräfte!

Preise der Plätze an Sonn- und Wochentagen:

Parkett 1.-6. Reihe 3.- M.

Parkett 7.-11. Reihe 2.- M.

Tribüne 2.- M.

Parterresitz 1.50 M.

Reservierter Platz 1.- M.

Eintritt 0.50 M.

Jeden Sonntag 3 Uhr: Nachm.-Vorstellung. Kinder nachm. halbe Preise! Ungekürztes Programm.

Zirkus Alb. Schumann

Karlstraße. Tel.: Norden 2041. Freitag, den 6. November 1914, abends 7 1/2 Uhr:

Elite-Abend mit ermäßigten Preisen.

Besonders hervorzuheben: Urian der einzige männliche akrobatische Orang-Utang als Billardkünstler

Bellini Telepath

10 Araber zu Pferde 10

Clermont m. s. Zirkusparodie Octavio's Tierpotpourri.

Casino-Theater.

Lotharinger Straße 37. Täglich 8 Uhr. Lichtbilder u. Kriege! Regler Hoch!

Hieraus erstklassige Spezialitäten. Zum Schluss das dreiatzige Voltstünd. seit Sept. mit groß. Erfolg aufgeführt

Mein Leben dem Vaterland. Sonntag 4 Uhr: Die große Zeit.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125, (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden - Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage) Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teitzahlung.

Spr. 11-2 u. 5-8, Sonnt. 9-11.

Carmen Sylva-Cigaretten

Trufffrei!

P. Gligos Konzert- und Festsäle

(früher L. Keller) - Koppenstraße 29

Sonntag, den 8. November 1914:

Lieder-Abend

veranstaltet vom Männergesangsverein „Namenlos“ M. d. A.-S.-B. Chormstr. E. Thilo.

Mitwirkende: Fräulein Elisabeth Lee, Sopran; Herr Armin Liebermann, Cello.

Eintrittskarte 30 Pf., an der Kasse 40 Pf. Anfang 7 Uhr. - Garderobe 10 Pf.

Zeimanns Schuh-Engros-Haus

Einzelverkauf nur bester Waren zu billigen Preisen für Herren, Damen, Kinder

Kein Laden nur Münzstr. 4 I. Kein Laden Fahrgeldvergütung 20 Pfennig.

Verwendet „Kreuz-Pfennig“-Marken auf Briefen, Karten usw.

Mitteilung.

Dem verehrlichen Publikum Groß-Berlins, insbesondere unserer werten Kundschaft, machen wir die ergebene Mitteilung, daß wir Gelegenheit hatten, große Posten

hocheleganter Konfektion

anzukaufen, die für den Export bestimmt waren und infolge der Grenzsperrern nicht zum Verkauf gelangen konnten. - Die Posten bestehen aus:

Kostümen, Paletots, Ulster, Seal-Plüsch-, Velour du Nord- und Backfisch-Mänteln,

kurze und lange Formen neuester Saison-Mode usw. usw. und werden zu ganz

außergewöhnlich billigen Preisen

zum Teil weit unter Herstellungskosten, zum Verkauf gestellt.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Gegründet 1899 22 Schaufenster 2 Häuser vom Dönhofsplatz. Gegründet 1899

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Responsible Editor: Alfred Dieckmann, Reußstr. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.